



Deutscher Bundestag

Kommissionsdrucksache

20. Wahlperiode

20/04

Tätigkeitsbericht

der

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder

(Kinderkommission)

vom 24. März 2022 bis 30. November 2022

Vorsitz: Sarah Lahrkamp, MdB, (SPD)

vorgelegt dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Inhalt

Einleitung	3
1. Regeln über die Zusammensetzung und Arbeitsweise in der Kinderkommission	5
2. Mitglieder der Kinderkommission und Vorsitzturnus	6
3. Aufgaben und Arbeitsweise der Kinderkommission	8
4. Arbeitsprogramm Sarah Lahrkamp, MdB	9
4.1. Besuch der Welcome-Hall am Berliner Hauptbahnhof.....	13
4.2. Öffentliches Expert*innengespräch zum Thema „Was brauchen Kinder und Jugendliche nach der Flucht aus dem Kriegsgebiet?“	15
4.3. Öffentliches Expert*innengespräch zum Thema „Welche Projekte unterstützen Kinder und Jugendliche konkret hier in Deutschland? - Beispiele aus der Praxis“	17
4.4. Öffentliches Expert*innengespräch zum Thema „Kinderarmut und Bildung“	19
4.5. Öffentliches Expert*innengespräch zum Thema „Kinderarmut und strukturelle Faktoren“	22
4.6. Öffentliches Expert*innengespräch zum Thema „Kinderarmut und die Corona-Pandemie“	24
4.7. Öffentliches Expert*innengespräch zum Thema „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“.....	27
4.8. Öffentliches Expert*innengespräch zum Thema „Beteiligung Kinder und Jugendliche berichten“.....	29
5. Fachgespräch mit der Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs.....	32
6. Erstes Vernetzungstreffen mit den Kinderkommissionen und Kinderbeauftragten der Länder	33
7. Anlagen.....	35

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Sarah Lahrkamp (SPD)

Einleitung

Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (AfFSFJ) des Deutschen Bundestages hat in seiner Sitzung am 16. Februar 2022 die Kinderkommission in der 20. Wahlperiode erneut als Unterausschuss gemäß § 55 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (GO-BT) eingesetzt. Damit wird eine bis in die 11. Wahlperiode zurückgehende Tradition fortgesetzt. Mit Beschlüssen des Ältestenrates vom 21. April und 5. Mai 1988 war die Kinderkommission als „Institution sui generis“ eingesetzt worden. Seit der 12. Wahlperiode hat die Kinderkommission den Status eines Unterausschusses, zunächst als gemeinsamer Unterausschuss der Ausschüsse für Familie und Senioren sowie für Frauen und Jugend und ab der 13. Wahlperiode als Unterausschuss des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Die Konstituierung der Kinderkommission in der 20. Wahlperiode erfolgte in der Sitzung am 24. März 2022 in Anwesenheit der damaligen Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Anne Spiegel, sowie der Vorsitzenden des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Abgeordnete Ulrike Bahr. Auf der Webseite des Deutschen Bundestages wurde folgender Artikel hierzu veröffentlicht:

Sarah Lahrkamp leitet die neu konstituierte Kinderkommission



© Deutscher Bundestag / Janine Schmitz / photothek

von links nach rechts: Sarah Lahrkamp mit KiKo-Adler (Vorsitzende der Kinderkommission, SPD), Gereon Bollmann (AfD), Beatrix von Storch (AfD), Katja Adler (FDP), Anne Spiegel (Bundesfamilienministerin a.D.), Matthias Seestern-Pauly (FDP), Emilia Fester (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Heidi Reichinnek (DIE LINKE.), Paul Lehrieder (CDU/CSU), Ulrike Bahr (Vorsitzende des Familienausschusses, SPD)

Im Beisein der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Anne Spiegel (Bündnis 90/Die Grünen), hat sich am Donnerstag, 24. März 2022, der Unterausschuss „Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)“, kurz „KiKo“, konstituiert. Das Gremium ist ein Unterausschuss des Familienausschusses. Die Sitzung wurde von Ulrike Bahr (SPD), Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, geleitet. Den zwischen den Fraktionen rotierenden Vorsitz übernimmt zunächst Sarah Lahrkamp (SPD). Der Vorsitz soll anknüpfend an die bisherige

Praxis zwischen den Mitgliedern in der Reihenfolge der Fraktionsgröße wechseln.

Bahr: Rechte von Kindern und Jugendlichen stärken

Die erneute Einsetzung der KiKo unterstreiche den besonderen Stellenwert der Rechte und Bedürfnisse der Kinder im Parlament, sagte Bahr. „Die KiKo ist vor allem die Stimme der Kinder im Deutschen Bundestag.“ Während der Pandemie hätten Kinder zu wenig im Fokus gestanden. Und auch jetzt wieder, im Russland-Ukraine-Krieg, gehörten Kinder zu den Hauptleidtragenden, als

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Sarah Lahrkamp (SPD)

Opfer und Flüchtende. Jetzt gelte es, die Rechte von Kindern und Jugendlichen weiter zu stärken, und diese Rechte sowohl im Bewusstsein der Erwachsenen zu verankern als auch bei den Kindern selbst bekannter zu machen. Politik habe nur Zukunft, wenn sie sich auch als Politik für Kinder und Jugendliche verstehe.

Lahrkamp: KiKo ist Anwalt für die Sache der Kinder

„Konsensual und fraktionsübergreifend“ wolle man die Rechte und Bedürfnisse von Kindern ins Zentrum der Arbeit der Kinderkommission in der 20. Wahlperiode stellen, sagte die neue Vorsitzende Sarah Lahrkamp. Dabei verstehe man sich sowohl parlamentsintern als auch im Land als Anwalt für die Sache der Kinder und als Ansprechpartner für Verbände und Organisationen in der Kinder- und Jugendarbeit, ja für alle, die sich für die Interessen der Kinder stark machen.

„Wir wollen die Arbeit der KiKo in dieser Wahlperiode weiterentwickeln.“ Man werde sich eine breite Palette an Themen vornehmen, alle Fraktionen würden dazu ihre Schwerpunkte einbringen. Dabei eine die Mitglieder das gemeinsame Ziel: der Schutz, die Beteiligung und Förderung von Kindern in der Gesellschaft.

Spiegel sieht Integrationsaufgabe für geflüchtete Kinder

Wie Kinder und Jugendliche sich nach der Corona-Pandemie wieder entfalten können, das müsse die KiKo vor allem in der nächsten Zeit beschäftigen, mahnte Bundesministerin Anne Spiegel. Hinzu komme nun die Integrationsaufgabe der aus der Ukraine geflüchteten Kinder. Es gelte dafür zu sorgen, dass diese in Deutschland schnell und gut aufgenommen und stabilisiert würden, nach den traumatischen Erfahrungen in ihrer Heimat etwas zur Ruhe kämen und wieder Kind sein und spielen könnten. Entsprechend der Vereinbarung im Koalitionsvertrag der Bundesregierung wolle sie mit der KiKo dabei zusammenarbeiten, die Rechte der Kinder im Grundgesetz zu verankern und das wichtige Thema der Bekämpfung der Gewalt gegen Kinder und des Kindesmissbrauchs gemeinsam anpacken.

10. Kinderkommission seit dem Jahr 1988

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages leistet seit 1988 einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Da kindgerechte Lebensverhältnisse ein dauerhaftes parlamentarisches Anliegen seien, haben die im Familienausschuss vertretenen Fraktionen auch in dieser Wahlperiode die Kinderkommission erneut eingesetzt. Mit ihrer Konstituierung kann die 10. Kinderkommission ihre Arbeit aufnehmen und die Interessen von Kindern und Jugendlichen im Parlament vertreten. Sie ist darüber hinaus Ansprechpartnerin für Verbände und Organisationen, die sich für Kinder einsetzen, aber auch für Eltern und Kinder. Der Vorsitz wechselt zwischen den Mitgliedern in der Reihenfolge der Fraktionsgröße. (11/24.03.2022)

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Sarah Lahrkamp (SPD)

1. Regeln über die Zusammensetzung und Arbeitsweise in der Kinderkommission

Die Zusammensetzung und Arbeitsweise der Kinderkommission sind im Einsetzungsbeschluss des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geregelt. Dort heißt es unter anderem:

„Die Kinderkommission hat seit ihrer erstmaligen Einsetzung 1988 wichtige Beiträge zur Stärkung der Kinderpolitik in Deutschland geleistet. Alle im Ausschuss vertretenen Fraktionen wollen deshalb die erfolgreiche Arbeit der Kinderkommission in der 20. Legislaturperiode fortsetzen. Die Kinderkommission wird entsprechend der Tätigkeit früherer Kommissionen weiterhin die Interessen von Kindern und Jugendlichen im Parlament vertreten. Im Rahmen der zeitlichen und rechtlichen Möglichkeiten nimmt die Kinderkommission darüber hinaus die Rolle des Ansprechpartners für Verbände und Organisationen sowie Einrichtungen wahr, die sich für die Interessen von Kindern einsetzen.“

Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat folgende Regeln für die Arbeit der Kinderkommission festgelegt:

1. Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend setzt gemäß § 55 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages eine Kinderkommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder im Deutschen Bundestag als Unterausschuss ein.
2. Sie besteht aus einem Mitglied jeder Fraktion sowie einer entsprechenden Zahl von Stellvertreterinnen bzw. Stellvertretern, wobei die Kommissionsmitglieder und ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter ordentliche oder stellvertretende Mitglieder des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sein sollen. In Ausnahmefällen kann davon abgewichen werden.
3. Der Vorsitz wechselt zwischen den Mitgliedern in der Reihenfolge der Fraktionsgröße. Der Turnus des Wechsels wird in der Kinderkommission festgelegt.
4. Beschlussfähigkeit besteht bei Anwesenheit von zwei Dritteln aller stimmberechtigten Mitglieder, die Fraktionen angehören, die insgesamt mindestens zwei Drittel der Mitglieder des Ausschusses Familie, Senioren, Frauen und Jugend umfassen.
5. Beschlüsse, Empfehlungen, Stellungnahmen und öffentliche Äußerungen der Kinderkommission bedürfen eines doppelten Quorums mit Zweidrittelmehrheit, d.h. zwei Drittel der Mitglieder der Kinderkommission selbst müssen zustimmen und diese müssen gleichzeitig zwei Drittel der Mitglieder des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend repräsentieren. Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist zeitnah über inhaltliche Beschlüsse, Empfehlungen, Stellungnahmen und öffentliche Äußerungen der Kinderkommission zu informieren.
6. Der jeweilige Vorsitz der Kinderkommission legt zu Beginn des Vorsitzes eine Arbeitsplanung vor. Anlässlich eines jeden Wechsels des Vorsitzes legt die Kinderkommission dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend einen Tätigkeitsbericht vor. Die Arbeitsplanung und der Tätigkeitsbericht sind von der Kinderkommission zu beschließen.
7. Für öffentliche Anhörungen sowie Auslandsreisen der Kinderkommission ist das Einvernehmen mit dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend herbeizuführen.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Sarah Lahrkamp (SPD)

8. Die Kinderkommission berichtet regelmäßig im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend oder im Obleutegespräch des Ausschusses über ihre Arbeit. Zur besseren Abstimmung der Tätigkeit der Kinderkommission mit der Arbeit des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend soll der Vorsitz der Kinderkommission an den Obleutegesprächen teilnehmen.

9. Der Ausschuss diskutiert weitere Vorschläge zur Stärkung der Kinderkommission.

Die Bestimmungen über die Zusammensetzung und das doppelte Quorum mit Zweidrittelmehrheit begründen die geschäftsordnungsmäßige Sonderstellung der Kinderkommission und charakterisieren sie als parlamentarisches Gremium eigener Art. Dieser Sonderstatus weicht von der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (GO-BT) ab, der für Unterausschüsse ebenso wie für die Ausschüsse grundsätzlich eine Zusammensetzung nach Fraktionsstärke und damit das Mehrheitsprinzip vorsieht (§ 55 Abs. 3 Satz 2 i.V.m. § 12 GO-BT).

2. Mitglieder der Kinderkommission und Vorsitzturnus

Die Fraktionen des Deutschen Bundestages haben folgende Mitglieder in die Kinderkommission entsandt:

Fraktion	Ordentliches Mitglied	Stellvertretendes Mitglied
SPD	Sarah Lahrkamp	Jasmina Hostert
CDU/CSU	Paul Lehrieder	Dr. Katja Leikert
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Emilia Fester	Nina Stahr
FDP	Matthias Seestern-Pauly	Katja Adler
AfD	Gereon Bollmann	Beatrix von Storch
DIE LINKE.	Heidi Reichinnek	Gökay Akbulut

Die Kinderkommission setzt sich aus ordentlichen Mitgliedern des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zusammen. Das ordentliche Mitglied MdB Matthias Seestern-Pauly war bereits in der 19. Wahlperiode Mitglied der Kinderkommission, alle übrigen ordentlichen Kommissionsmitglieder sind erstmals in der Kinderkommission vertreten, wobei die Abgeordneten Lahrkamp, Fester, Reichinnek auch erstmalig in den Deutschen Bundestag gewählt wurden.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Sarah Lahrkamp (SPD)



© Deutscher Bundestag / Inga Haar

Die ordentlichen Mitglieder der Kinderkommission (von links nach rechts): Heidi Reichinnek, Paul Lehrieder, Sarah Lahrkamp, Matthias Seestern-Pauly, Emilia Fester, Gereon Bollmann

Die Kinderkommission hat in ihrer ersten Sitzung am 27. April 2022 den Vorsitzturnus für die 20. Wahlperiode wie folgt festgelegt:

Ordentliches Mitglied	Zeitraum
MdB Sarah Lahrkamp (SPD)	24. März 2022 bis 30. November 2022
MdB Paul Lehrieder (CDU/CSU)	1. Dezember 2022 bis 31. Mai 2023
MdB Emilia Fester (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1. Juni 2023 bis 31. Dezember 2023
MdB Matthias Seestern-Pauly (FDP)	1. Januar 2024 bis 7. Juli 2024
MdB Gereon Bollmann (AfD)	8. Juli 2024 bis 31. Januar 2025
MdB Heidi Reichinnek (DIE LINKE.)	1. Februar 2025 bis Ende der Wahlperiode

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Sarah Lahrkamp (SPD)

3. Aufgaben und Arbeitsweise der Kinderkommission

Hauptaufgabe der Kinderkommission als Unterausschuss des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist es, die Interessen und Belange der Kinder und Jugendlichen im Parlament wahrzunehmen und zu vertreten. Die Kinderkommission folgt damit ihrem seit ihrer erstmaligen Einsetzung im Jahr 1988 gegebenen Namen. Sie agiert als politisch-parlamentarische Interessenvertretung für Kinder („Parlamentarische Lobby für Kinder“), die als besonders schwache und schutzbedürftige Mitglieder der Gesellschaft ihre öffentlichen und politischen Belange nicht selbst wahrnehmen und zum Ausdruck bringen können.

Der jeweilige Vorsitz der Kinderkommission schlägt den übrigen Mitgliedern ein Arbeitsprogramm zu relevanten kinderpolitischen Themen für die Vorsitzzeit vor, welches dann seitens der Kinderkommission beschlossen wird. Auf dessen Grundlage wird am Ende der Vorsitzzeit eine entsprechende Stellungnahme erarbeitet. Kinderpolitik ist eine Querschnittsaufgabe und berührt eine Vielzahl unterschiedlicher Politikfelder, so dass die Kinderkommission wegen ihrer begrenzten personellen und sachlichen Kapazitäten nur zu ausgewählten Themen tätig sein kann.

Schließlich greift die Kinderkommission unabhängig von ihrem Arbeitsprogramm einzelne kinderpolitische Fragen auf. Dies geschieht beispielsweise auf der Grundlage von Anregungen und Forderungen von Kinderorganisationen, Eingaben von Kindern oder Erwachsenen oder aus besonderen aktuellen Anlässen. Im Rahmen ihres Auftrags „Wahrnehmung von Kinderbelangen“ inner- und außerhalb des Parlaments bemüht sich die Kinderkommission in langjähriger Praxis auch um eine aktive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Für ihre Arbeit stehen der Kinderkommission folgende Instrumente zur Verfügung:

- Sie kann zu wichtigen kinderpolitischen Themen öffentliche Anhörungen durchführen.
- Sie kann Expert*innengespräche durchführen, um zu relevanten Themen Standpunkte zu entwickeln.
- Sie kann Informationen zu kinderpolitischen Themen in Fachgesprächen und im Rahmen von Ortsterminen gewinnen.
- Sie kann durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit auf kinderpolitische Problemstellungen aufmerksam machen.
- Sie kann in den Fachausschüssen des Bundestages zu kinderpolitischen Themen ein Rede recht nach § 69 Abs. 3 GO-BT einfordern.

Ihre Erkenntnisse zu den einzelnen Themenbereichen fasst die Kinderkommission in Empfehlungen und Stellungnahmen zusammen. Diese werden u. a. an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und an weitere zuständige Ressorts der Bundesregierung und den entsprechenden Ausschüssen des Deutschen Bundestages übermittelt. Geeignete Empfehlungen werden auch den Ministerpräsidenten der Bundesländer und Institutionen und Organisationen, die für eine Umsetzung in Betracht kommen könnten, zugeleitet.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Sarah Lahrkamp (SPD)

4. Arbeitsprogramm Sarah Lahrkamp, MdB



Deutscher Bundestag
Kommission zur Wahrnehmung
der Belange der Kinder
(Kinderkommission)

**Kommissionsdrucksache
der 20. Wahlperiode**

20/02

Berlin, 12. Mai 2022

Sekretariat
Unterausschuss „Kommission zur
Wahrnehmung der Belange der Kin-
der (Kinderkommission)“

Arbeitsprogramm für die Vorsitzzeit der Abgeordneten Sarah Lahrkamp

Das Arbeitsprogramm für die Vorsitzzeit der Abgeordneten Sarah Lahrkamp bis zum Beginn der Sommerpause 2022 wurde wie folgt festgelegt:

1. Geflüchtete Kinder aus der Ukraine: (3 Sitzungen)

Leitfrage: Wie geht es den Kindern aus der Ukraine hier in Deutschland?

- Wie viele Kinder und Jugendliche sind in Deutschland angekommen?
- Wie kommen sie an und wie werden sie begrüßt?
- Wo werden sie untergebracht?
- Wie viele Kinder sind in staatlichen Unterkünften?
- Wie können Kinder und Jugendliche erreicht werden, die bei Verwandten und Bekannten wohnen?

Leitfrage: Welche Herausforderungen ergeben sich für unsere Gesellschaft?

- Welche Auswirkungen gibt es auf die Kindertagesbetreuungseinrichtungen?
- Wie kann die Schulpflicht sichergestellt werden, auch wenn Kinder und Jugendliche nicht registriert sind?
- Wie kann die Eingliederung der Familien in Deutschland gelingen?
- Welche weiteren Herausforderungen gibt es?

Zeitplan:

- **18.05.2022:** Besuch einer Zentralen Ankunftsstelle in Berlin
- **22.06.2022:** Expertengespräch/Anhörung mit Vertreter*innen von UNICEF/World Vision/ terre des hommes- Hilfe für Kinder in Not, z.B. zum Thema „Was brauchen Kinder und Jugendliche in Deutschland nach der Flucht aus dem Kriegsgebiet?“

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Sarah Lahrkamp (SPD)

Seite 2



- **06.07.2022:** Expertengespräch/Anhörung zum Thema „Welche Projekte unterstützen Kinder und Jugendliche konkret hier in Deutschland? – Beispiele aus der Praxis“

2. Kinder in Armut: (3-4 Sitzungen)

Leitfrage: Wie wirkt sich die Corona-Pandemie auf Kinder und Jugendlichen in Armut konkret aus?

- Welche Bildungshürden ergeben sich?
- Welche Rolle spielt die Kindertagesbetreuung?
- Welche langfristigen Auswirkungen hat die Corona-Politik auf die Entwicklungschancen von Kindern aus sozial schwachen Verhältnissen?

Leitfrage: Wie wirken sich strukturelle Faktoren auf Kinder und Jugendliche in Armut konkret aus?

- Ländlicher Raum vs. Stadt
- Ost und West

3. Beteiligung von Kindern (2-3 Sitzungen)

- z.B. Namensfindung des Maskottchens der Kiko?

4. Sonderformate

- ggf. Konferenz der Kinderkommissionen im September 2022

Die Kinderkommission behält sich vor, das Arbeitsprogramm gegebenenfalls anzupassen.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Sarah Lahrkamp (SPD)

Kinderkommission



Deutscher Bundestag

Arbeitsprogramm Sarah Lahrkamp, MdB

2. Themenkomplex: „Kinder in Armut“ (3 Sitzungen)

Leitfragen:

- Wie ist der Zusammenhang zwischen Armut und Bildung? Kann Bildung helfen, aus der Armut zu kommen? Welche Bildungshürden ergeben sich? Wie geht man mit Kinderarmut in der Kindertagesbetreuung um?
- Wie steht es um Kinderarmut in Stadt und Land? Wie wirken sich strukturelle Faktoren aus? Welche Strategien heraus aus der Armut gibt es?
- Wie ist der Zusammenhang zwischen Kinderarmut und Migrationshintergrund? Warum ist das ein Tabuthema? Was gibt es bei der Armutsbekämpfung für Kinder mit Migrationshintergrund besonders zu beachten?

Zeitplan:

- **28.09.2022** Öffentliches Expertengespräch zum Thema **"Kinderarmut und Bildung"**
- **12.10.2022** Öffentliches Expertengespräch zum Thema **"Kinderarmut und strukturelle Faktoren"** mit Blick auf die Unterschiede zwischen „Stadt“ und „Land“
- **19.10.2022** Öffentliches Expertengespräch zum Thema **"Kinderarmut und die Corona-Pandemie"**

Mögliche Sachverständige für das öffentliche Expertengespräch am 28.09:

- Vertreter*innen von DJI München- Deutsches Jugendinstitut e.V., Diakonie, RAG Stiftung
- Autorin des Buches Kinderarmut und Bildung: Armutslagen in Hamburg

Mögliche Sachverständige für das öffentliche Expertengespräch am 12.10.:

- Vertreter*innen von Bertelsmann-Stiftung (Aspekt "Stadt"), Caritas (Aspekt Land), AWO Sachsen-Anhalt

Mögliche Sachverständige für das öffentliche Expertengespräch am 19.10.:

Vertreter*innen der Kinderschutzakademie in Niedersachsen, SOS-Kinderdorf-Schulsozialarbeiterin, Vorstandsmitglied der Bertelsmann-Stiftung

28. September 2022

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Sarah Lahrkamp (SPD)

Kinderkommission



Deutscher Bundestag

Arbeitsprogramm Sarah Lahrkamp, MdB

3. Themenkomplex: „Kinderbeteiligung“ (2 Sitzungen)

Leitfragen:

- Welche Möglichkeiten haben Kinder und Jugendliche sich zu beteiligen? Wie können sie sich in ländlichen Strukturen beteiligen? Was läuft gut in den Kommunen und welche Formate könnte man sich auf Bundesebene vorstellen?
- Wie können Kinder und Jugendliche an politischen Prozessen beteiligt werden, auch auf Bundesebene? Welche Erfahrungen haben Kinder und Jugendliche gemacht?

Zeitplan:

- **09.11.2022** Öffentliches Expertengespräch zum Thema "**Beteiligung von Kindern und Jugendlichen**"
- **30.11.2022** Öffentliches Expertengespräch zum Thema "**Beteiligung – Kinder und Jugendliche berichten**" Aspekte Kommune, Land, Online, Bund

Mögliche Sachverständige für das öffentliche Expertengespräch am 09.11.:

- Vertreter*innen vom Kinderhilfswerk zum Projekt Digital Sparks für den Kinder- und Jugendgipfel
- Vertreter*innen vom Jugendbeirat Kinderhilfswerk
- Vertreter*innen vom Modellprojekt „Dorf für Kinder - Dorf für alle – Kinderfreundliche Dorferneuerung durch Kinderbeteiligung“

Mögliche Sachverständige für das öffentliche Expertengespräch am 30.11.:

- Vertreter*innen vom Jugendparlament Ochtrup →Ebene Kommune
- Vertreter*innen von der Kolping-Jugend, die sich kritisch gegen die Beteiligung von Jugendlichen im Landesparlament aussprechen →Ebene Land
- Vertreter*innen vom Jugendbeirat der Tincon. →Ebene Online
- Vertreter*innen, die am Planspiel „Jugend und Parlament“ teilgenommen hat. →Ebene Bund

12. Oktober 2022

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Sarah Lahrkamp (SPD)

4.1. Besuch der Welcome-Hall am Berliner Hauptbahnhof



© Deutscher Bundestag / Thomas Trutschel / photothek

Finanzielle Unterstützung vom Bund, mehr Anerkennung der ehrenamtlichen Arbeit, Hilfe bei der Suche nach freiwilligen Helfern und privaten Geldgebern, eine bessere Kommunikation und Koordinierung zwischen staatlichen Strukturen und Vereinen, eine Stelle, an der mühsam recherchiertes Knowhow für alle Beteiligten abrufbar ist. Diese und mehr Wünsche richteten Vertreter der Hilfsorganisationen an Mitglieder des Unterausschusses

Bürgerschaftliches Engagement und der Kinderkommission bei deren gemeinsamem Besuch der Willkommensangebote für Geflüchtete aus der Ukraine am und im Berliner Hauptbahnhof am Mittwoch, 18. Mai 2022.

Die Abgeordneten der beiden Gremien des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wollten sich vor Ort einen Eindruck von der Flüchtlingshilfe, vor allem für Frauen und Kinder, und der Arbeit ehrenamtlich Engagierter bei der Berliner Stadtmission und lokalen Initiativen wie „Moabit hilft e.V.“ verschaffen, die die Geflüchteten nach ihrer Ankunft in Berlin betreuen. In der „Transfereinrichtung“ erhalten die Ankömmlinge erste Informationen und lebensnotwendige Hilfe, bevor sie nach durchschnittlich zwei Stunden weiterfahren, in Einrichtungen, zu Verwandten, in medizinische Behandlung, erläuterten Mitarbeiter und Helfer vor Ort.

„Kinder sind besonders auf Schutz und Unterstützung angewiesen“

„Die Flucht vor dem Krieg in der eigenen Heimat ist eine große Belastung für die Menschen, die hierher kommen. Dabei sind Kinder besonders auf unseren Schutz und Unterstützung angewiesen“, sagte Sarah Lahrkamp (SPD), Vorsitzende der Kinderkommission. „Und auch wenn die Situation alles andere als normal ist, muss versucht werden, den aus der Ukraine geflüchteten Kindern ein Leben in einem halbwegs normalen Alltag und einen Anschluss an frühkindliche und schulische Bildung zu ermöglichen.“

Die stellvertretende Vorsitzende des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“, Ariane Fäscher (SPD) würdigte den Beitrag der freiwilligen Helferinnen und Helfer: „Ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger leisten in vielen Bereichen unseres Landes einen großen Beitrag für unser Gemeinwesen. Gerade in der Hilfe für geflüchtete Menschen ist dieses wichtige Engagement derzeit besonders sichtbar. Oft gehen die Ehrenamtlichen dabei an ihre persönlichen Grenzen und einige auch darüber hinaus. Ehrenamtliches Engagement muss durch beste Rahmenbedingungen unterstützt werden und verdient gesellschaftliche Anerkennung.“

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Sarah Lahrkamp (SPD)

Senatorin: 248.000 Ankünfte seit Eröffnung im März

Katja Kipping (Die Linke), Berliner Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, wartete bei der Vorstellung des Willkommenszeltes, das die Berliner Stadtmission im Auftrag der Senatsverwaltung betreibt, mit ein paar Zahlen auf: 248.000 Ankünfte habe man seit Eröffnung der Einrichtung im März gezählt. 7,7 Millionen Euro habe das Land Berlin allein an diesem Standort bis jetzt ausgegeben, um die Flüchtlinge zu versorgen.

Diese reisten zum Teil in andere Bundesländer oder Staaten weiter. „Berlin ist hier in Vorleistung gegangen.“ Vom Bund erwarte man entsprechende Unterstützung. Die Parlamentarier sollten dies in den anstehenden Haushaltsverhandlungen berücksichtigen. Außerdem gelte es rechtliche Probleme im Zusammenhang mit dem Aufenthaltsstatus zu klären.

Nach einem Blick in die „Welcome Hall“ der Stadtmission besichtigten die Abgeordneten die Stände des „Berlin Arrival Support“ im Inneren des Bahnhofs. Mit was für einer Fahrkarte kann ich weiterreisen? Ich möchte eine Corona-Impfung oder einen Corona-Test bekommen, brauche eine Erfrischung und etwas zu essen. Oder weiß einfach nicht, wohin. Mit diesen Fragen und Bedürfnissen treffen die Flüchtlinge dort auf helfende Hände.

Hilfsorganisationen: Es fehlt mittlerweile an Freiwilligen

Leider seien es im Lauf der Wochen immer weniger Ehrenamtliche geworden, so Vertreter der Hilfsorganisationen. Während man anfangs von einer enormen Welle der Hilfsbereitschaft geradezu überrollt worden sei, sei mittlerweile einfach überall Not am Mann, es fehle an Freiwilligen, darunter solche mit Sprachkenntnissen. Einige Stände im Untergeschoss des Bahnhofs seien unbesetzt.

Für die Helfer sei vor allem die organisatorische Arbeit eine große Belastung. Zur Anschauung bekamen die Parlamentarier einen dicken Ordner mit Informationen für die Freiwilligen in die Hand gedrückt. Viele ehrenamtliche Helfer kämen vier Mal pro Woche, arbeiteten sechs Stunden. „Das hier ist ein 24-Stunden-Betrieb“, erläutert eine Mitarbeiterin. Mittlerweile gebe es einen Flyer, der bereits in den Zügen an die Flüchtenden verteilt werde, dort könnten sich viele mit ihrem Handy über einen QR-Code täglich aktualisierte Basis-Informationen verschaffen.

Ariane Fäscher versprach bei ihrem Rundgang den Ehrenamtlichen, der Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement werde mit den Hilfsorganisationen, die soviel zu der Bewältigung der Krise beitrügen, und die sich auf so viele Freiwillige stützten, im Gespräch zu bleiben. Der Deutsche Bundestag bleibe für die Belange der Ehrenamtlichen ein Ansprechpartner. Sarah Lahrkamp schloss sich dem für den Bereich der Kinderkommission an und dankte den Mitarbeitern und Freiwilligen am Berliner Hauptbahnhof für die Einblicke und Gespräche. (11/18.05.2022)

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Sarah Lahrkamp (SPD)

4.2. Öffentliches Expert*innengespräch zum Thema „Was brauchen Kinder und Jugendliche nach der Flucht aus dem Kriegsgebiet?“

Die Kinderkommission lud für dieses Thema am **22. Juni 2022** **Dr. Sebastian Sedlmayr** (Abteilungsleiter Advocacy und Politik, Deutsches Komitee für UNICEF e.V.) und **Sophia Eckert** (Referentin Public Affairs, terre des hommes Deutschland e.V.) als Sachverständige in die 3. Sitzung ein.

Hierzu war der folgende Artikel auf der Webseite des Deutschen Bundestages zu finden:

Experten mahnen Integration ukrainischer Kinder an

Eine bessere Datengrundlage darüber, wie viele geflüchtete Kinder sich in Deutschland aufhalten, haben Dr. Sebastian Sedlmayr, Abteilungsleiter Advocacy und Politik von Unicef Deutschland, und Sophia Eckert aus dem Bereich „Public Affairs“ der Organisation „terre des hommes“ Deutschland am Mittwoch, 22. Juni 2022, in einem öffentlichen Expertengespräch der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission, Kiko) zum Thema „Was brauchen Kinder und Jugendliche in Deutschland nach der Flucht aus dem Kriegsgebiet?“ gefordert. Die rasche Klärung der Frage des Sorgerechts bei Kindern, die getrennt von ihrer Familie einreisen, gehören für die beiden Experten ebenso ganz oben auf die Agenda wie die bessere psychosoziale Unterstützung privat Engagierter, die Kinder aufnehmen. Kitas und Heime wiederum müssten mehr Betreuer und Erzieher erhalten sowie pädagogische und Spielmaterialien.

Rund 300.000 Kinder aus der Ukraine in Deutschland

Über Sofortmaßnahmen hinaus müsse sich die Politik Gedanken machen über eine dauerhafte Integration von Kindern, denen die Rückkehr in ihre Heimat auf absehbare Zeit verwehrt bleibe. Die beiden Sachverständigen mahnten schließlich an, dass die Belange der Kinder, aus welchen Ländern auch immer diese kämen, bei den kommenden Haushaltsverhandlungen „nicht unter die Räder kommen“.

„Wahnsinnig dynamisch“ sei die Situation rund um die aus der Ukraine geflüchteten Kinder und Jugendlichen, sagte Sedlmayr. Niemand wisse, wie lange der Krieg dauert, welchen Verlauf er nehmen werde und wie sich die Lage in den umkämpften Gebieten gestalte. Für die meisten Geflüchteten werde es „sehr schwierig in Kürze in der Ukraine wieder ein geordnetes Leben zu führen.“

7,7 Millionen Menschen befänden sich innerhalb der Ukraine auf der Flucht. Etwa ebenso viele seien ins Ausland geflüchtet. Schätzungsweise 300.000 Kinder aus der Ukraine hielten sich derzeit in Deutschland auf. Nicht alle hätten bislang einen Antrag auf Asyl gestellt. Aktuell seien 138.670 ukrainische Kinder an Schulen in Deutschland gemeldet. Darüber hinaus gebe es eine vermutlich hohe Dunkelziffer von nicht gemeldeten Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren.

Forderung nach Ausbau der Betreuung

„Der Wert derer, die nicht damit rechnen bald zurückzukehren, wird steigen“, sagte Sedlmayr. Aber auch wenn nur eine kurze Aufenthaltsdauer absehbar sei, solle man die Integrationsbemühungen für diese Kinder verstärken. Man müsse ihnen gute Sport- und Freizeitangebote machen

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Sarah Lahrkamp (SPD)

und Zugang zu Bildung gewähren. Neben privatem Engagement und ehrenamtlichen Helfern brauche es mehr Fachpersonal in Betreuungseinrichtungen sowie mehr psychosoziale Unterstützung der Kinder, die häufig traumatische Erlebnisse gehabt hätten.

Eine solche Unterstützung müsse auch den aufnehmenden Familien zuteilwerden. „Das muss nicht immer gleich eine Therapie sein.“ Hilfe könne in vielen Abstufungen geleistet werden, oft helfe bereits Fußballspielen. Ebenso müsse man die vielen geflüchteten Mütter unterstützen, indem man weiter daran arbeite, die Kitabetreuung hierzulande auszubauen. „Die Frauen wollen arbeiten.“ Sedlmayr regte zudem an, den mit geflüchteten Kindern befassten nachgeordneten Behörden klare Handreichungen zu geben, um diese in die Lage zu versetzen, angemessene Entscheidungen im Sinne des Kindeswohls zu treffen.

Frühzeitige Einbeziehung der Kinder- und Jugendhilfe

Eckert mahnte, die geflüchteten Kinder nicht allein der Zuständigkeit der Ausländerbehörden zu überlassen, sondern frühzeitig und dauerhaft in den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe einzubeziehen und die Jugendämter einzuschalten. Wenn man Kindeswohl und Kinderschutz ernst nehme, müsse bei Kindern und Jugendlichen, „die ohne ihre Kernfamilie einreisen, die Datenerfassung bei der Einreise von den Jugendämtern“ vorgenommen werden.

Am besten seien Kinder in ihrer eigenen oder einer Pflegefamilie aufgehoben. Diese Familien müssten künftig für ihre beziehungsweise die aufgenommenen Kinder statt der Zuwendungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Mittel nach dem Achten Sozialgesetzbuch beziehen können. Es gehe darum, die geflüchteten Kinder schnell „aus Fluchtkontexten in Regeldienstleistungen für Kinder der Mehrheitsgesellschaft“ zu überführen.

Gebot der Gleichstellung

Über die ukrainischen Flüchtlinge gelte es, nicht die Kinder aus anderen Herkunftsländern zu vergessen und das Gebot der Gleichstellung zu beachten. In Gemeinschaftsunterkünften hingen Asylbewerber aus anderen Ländern oft seit längerem fest, während die Verfahren von Menschen aus der Ukraine zügiger vorankämen. Das führe zu Frust bei den Asylsuchenden anderer Länder. Grundsätzlich sollten alle Flüchtlinge die Erstaufnahmeeinrichtungen möglichst nach einem Monat verlassen und in eine eigene Wohnung ziehen. Einrichtungen seien für die Betroffenen „nie ein schönes Thema“. Sie hielten sich dort meistens mehrere Monate auf.

Beim Aufenthalts- und Bleiberecht müsse man im Zuge der geplanten Gesetzesänderung zu Verbesserungen kommen. Die Geflüchteten brauchten eine Perspektive für die Zeit nach dem Auslaufen ihres dreijährigen Schutzstatus. Die Politik müsse sich frühzeitig damit befassen. Einige werden zurückkehren, viele werden bleiben wollen. „Gut Integrierten“ könne eine Ausweitung des Aufenthaltsstatus gewährt werden. Zudem müsse die Möglichkeit des Familiennachzugs für schutzberechtigte Geschwister geschaffen werden. (11/22.06.2022)

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Sarah Lahrkamp (SPD)

4.3. Öffentliches Expert*innengespräch zum Thema „Welche Projekte unterstützen Kinder und Jugendliche konkret hier in Deutschland? - Beispiele aus der Praxis“

Am **6. Juli 2022** lud die Kinderkommission für ihre 4. Sitzung die folgenden Sachverständigen ein: **Hannah Weber** (Kinder- und Jugendbüro Steglitz-Zehlendorf, NBH Wannseebahn e.V.), **Barbara Kurz** (Team „Soziale Hilfen und Soziales Ehrenamt“, Deutsches Rotes Kreuz), **Birgit Poschmann** (Kreisverband Coesfeld e.V., Deutsches Rotes Kreuz), **Iris Naumann-Söllner** (Bereichsleiterin „Kinder, Jugend und Familien“, Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.) und **Anne Ernst** (Bereichsleiterin „Krisenmanagement & Nothilfe, Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.).

Mangel an Fachkräften zur Versorgung geflüchteter Kinder

Einen Mangel an Fach- und Sprachkräften vor allem im Bereich der Trauer- und Traumabewältigung bei aus der Ukraine geflüchteten Kindern beklagten die Sachverständigen im öffentlichen Expertengespräch der Kinderkommission des Deutschen Bundestages (KiKo) zum Thema „Welche Projekte unterstützen Kinder und Jugendliche konkret hier in Deutschland? Beispiele aus der Praxis“ am Mittwoch, 6. Juli 2022.

Vorstellung unterschiedlicher Projekte

Ihre Projekte zielten zunächst vor allem darauf, Kindern auf der Flucht ein sicheres Umfeld zu gewähren, in dem sie Abstand vom Kriegsgeschehen gewinnen könnten, betonten die Expertinnen von Hilfsorganisationen. Die Grundausstattung von Hilfseinrichtungen versuche man durch private Spendengelder zu verbessern, in einem Pilotprojekt in Berlin habe man die Kinder an der Gestaltung ihrer Unterkünfte beteiligt. Von Politik und Verwaltung forderten die Expertinnen eine Verstärkung von Projektgeldern und eine schnellere Antragsbewilligung.

Mitentscheiden, wie ihr Heim gestaltet wird, und auch eine Budgetverantwortung übernehmen konnten Kinder in vier Flüchtlingsunterkünften in Berlin-Mitte im Rahmen des Projekts „Kinder- und Jugendparlament“ 2020/21, berichtete Projektleiterin Hannah Weber von der Berliner Stadtmission. Ziel des Projekts sei gewesen, „Beteiligungsmöglichkeiten“ für Kinder zu stärken und „nachhaltige Beteiligungsstrukturen“ aufzubauen. Verantwortung übertragen zu bekommen, habe den Kindern ein Mehr an Selbstwertgefühl gegeben. „Es ist wahnsinnig gut angekommen und angenommen worden.“

Situation in den Notunterkünften

Im Auftrag von Ländern und Kommunen baue und unterhalte man Unterkünfte und Betreuungseinrichtungen in ganz Deutschland, sagte Anne Ernst, Bereichsleiterin Krisenmanagement und Nothilfe bei der Johanniter-Unfall-Hilfe. Von 50 mit 5,8 Millionen Euro aus privaten Spendengeldern finanzierten Projekten richtete sich die Hälfte ausschließlich an Kinder. Die Situation gerade in den Notunterkünften, in denen Familien und Kinder oft mehrere Wochen verweilten, sei für diese nicht immer einfach.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Sarah Lahrkamp (SPD)

„Stellen Sie sich vor, Sie kommen mit ihren Kindern in einer Turnhalle unter, von den Nachbarn abgeschottet lediglich durch Vorhänge und Leichtbauwände.“ Es gebe dort einen ständigen Lärmpegel, der einen nicht richtig schlafen lasse, man habe kaum eine Privatsphäre, die tägliche Hygiene finde in Gemeinschaftswaschräumen statt, ein Standardessen komme von einem Caterer.

Fehlende Ruhe- und Rückzugsmöglichkeiten

„Es gibt große Schwierigkeiten.“ Seien es fehlende Ruhe- und Rückzugsmöglichkeiten oder die Ernährungsweise, all das steigere das Konfliktpotenzial und die Wahrscheinlichkeit, dass es Streit gebe. Kindern fehlten Spielflächen und eine feste Tagesstruktur. „Wir nutzen jede Form der Kreativität, um die Situation zu verbessern“, sagte Ernst. „Über die privaten Spenden kaufen wir zu, von Hygieneartikeln bis zu Kinderkleidung.“ Als Leuchtturmprojekte nannte sie die Anmietung leerstehender Gebäude zur Unterbringung von Geflüchteten in München, einen „Spielbus“ in Magdeburg und einen „Spielcontainer“ in Frankfurt.

Um die traumatisierenden Erfahrungen von Kindern aus Kriegsgebieten zu bearbeiten und langfristige psychische Folgen vermeiden, gebe es leider zu wenige Behandlungsplätze und Fachkräfte. Die Johanniter leisteten in mehreren Städten psychosoziale Unterstützung und schulten eigene Mitarbeiter im Umgang mit Traumaerfahrungen, um Angebote im niedrighenwelligen Bereich machen zu können. Auch Muttersprachler in Ukrainisch kämen dabei zum Einsatz. Fehle diesen die fachliche Qualifikation als Voraussetzung für eine Einstellung werde ihr Einsatz über Spenden finanziert. Die Personalsituation sei schwierig, auch wegen der zeitlichen Befristung der Projekte. Die Kräfte vor Ort wünschten neben ausreichenden finanziellen Mitteln „vor allem Offenheit und Flexibilität, statt dem Schreiben von Anträgen.“

Besuch der Kitas als ein wichtiger Baustein

Iris Naumann-Söllner, Bereichsleiterin „Kinder, Jugend und Familien“, ebenfalls Johanniter-Unfall-Hilfe, ergänzte, es gelte „punktuelle und kurzfristige Einsätze“ zu „verstetigen“. So müsse man die zu über 100 Prozent aus Spenden finanzierten Projekte für trauernde Kinder auf Dauer schalten. Man schule jetzt Mitarbeitende und Ehrenamtliche in Einrichtungen, bringe ein „Hospiz für Kids“ auf den Weg. Für so wichtige Themen im Bereich des Kinderschutzes gebe es leider „keine verstetigten Gelder.“

Aus der Erfahrung mit Geflüchteten in den fast 1800 vom Deutschen Roten Kreuz betriebenen Kindertagesstätten, in denen man fast 130.000 Kinder jeglicher Herkunft betreue, berichtete Luisa Springer, Teamleitung „Kinder, Jugend und Bildung“ beim Deutschen Roten Kreuz Bundesverband. In erster Linie wolle man den Kindern dort ein sicheres Umfeld bieten, in dem sie „ausgelassen sein können, Abstand von dem Thema Krieg bekommen“. Der Besuch der Kitas sei zudem ein wichtiger Baustein, damit der Übergang in das Schulsystem gelinge. Den Eltern biete man damit eine Entlastung, damit diese sich um ihre Arbeit und Behördengänge kümmern könnten.

Fortbildung von Mitarbeitern und Fachkräften

Wo der Schuh die Kitas bei ihrer Arbeit besonders drückt, machte Birgit Poschmann vom Kreisverband Coesfeld e.V. des Deutschen Roten Kreuzes deutlich. Obwohl Kinder schnell in der Lage

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Sarah Lahrkamp (SPD)

seien, nicht-sprachlich zu interagieren, suche man natürlich weiter nach Mitarbeitern mit ukrainischer Sprachkompetenz. Wichtig sei auch, Mitarbeiter und Fachkräfte in der Frage fortzubilden, welche Themen die Kinder aktuell beschäftigten. Bei der Weiterbildung könne man an die Erfahrungen von 2015 anknüpfen.

Die Politik müsse schließlich dafür sensibilisiert werden, dass in den Kitas nicht mehr nur Erzieherinnen und Erzieher arbeiteten, sondern man dort für eine angemessene Versorgung der Kinder auch auf die Mitarbeit etwa von Therapeuten angewiesen sei, die jedoch entsprechend ihrer fachlichen Qualifikation bezahlt werden müssten. (11/06.07.2022)

4.4. Öffentliches Expert*innengespräch zum Thema „Kinderarmut und Bildung“

Am 28. September 2022 fand zum Thema „Kinderarmut und Bildung“ mit den Sachverständigen **Prof. Dr. phil. Birgit Herz** (Institut für Sonderpädagogik der Leibniz Universität Hannover), **Dr. Susanne Patricia Lochner** (Deutsches Jugendinstitut e.V., München) und **Dr. Irina Volf** (Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V., Frankfurt am Main) die 5. Sitzung der Kinderkommission statt.

Der Bundestag berichtete hierüber auf seiner Webseite folgendes:

Sachverständige: Armut hat weitreichende Konsequenzen auf den Bildungsverlauf

Kinder aus sozial schwachen Familien und Elternhäusern mit einem geringen Bildungsgrad brauchen mehr Aufmerksamkeit seitens Politik und Gesellschaft, sie benötigen qualitativ hochwertige Betreuung sowie zusätzliche Bildungsangebote und das möglichst bereits im Vorschulalter, forderten die Sachverständigen in einem Expertengespräch der Kinderkommission des Deutschen Bundestages (Kiko) zum Thema „Kinderarmut und Bildung“ am Mittwoch, 28. September 2022.

Erhöhtes Armutsrisiko für Kinder

Generell sei die Armutsgefährdung (gemessen am Median des Äquivalenzeinkommens der Bevölkerung) bei Kindern und Jugendlichen höher, sagte Dr. Susanne Patricia Lochner vom Deutschen Jugendinstitut. Mit 13 Prozent habe 2021 die Zahl der unter 18-jährigen Kinder, die in Bedarfsgemeinschaften leben, deutlich über dem Wert der Gesamtbevölkerung (8 Prozent) gelegen. Risiken für Kinder bestünden aber nicht nur durch ein geringes Haushaltseinkommen der Familie, verursacht etwa durch Arbeitslosigkeit der Eltern, sondern auch durch einen geringen Bildungsgrad der Erziehungsberechtigten. „Kinder mit formal gering gebildeten Eltern weisen ein deutlich höheres Armutsrisiko auf.“

Eltern mit geringerer Schulbildung läsen ihren Kindern weniger vor, die schulische Bildung der Kinder leide unter deren häuslicher Bildungssituation und der Bildungsstand der Eltern sei auch mitentscheidend dafür, was für Bildungsangebote Familien und ihre Kinder im außerschulischen Bereich nutzten. Das Risiko für Armut steige zudem in der Gruppe der Kinder mit einem alleinerziehenden Elternteil sowie bei Kindern mit Migrationshintergrund. Oft seien Kinder in armen und bildungsfernen Haushalten einer ganzen Reihe von Belastungen ausgesetzt, zu den materiellen kämen soziale Entbehrungen. Schließlich leide die Gesundheit der Kinder und es komme zu

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Sarah Lahrkamp (SPD)

Entwicklungsverzögerungen. Besonders frustrierend sei, dass die chancenmindernden Lebensverhältnisse oft von Generation zu Generation weitergegeben würden.

Kita-Qualität und Spracherwerb entscheidend

Abhilfe könne ein früher Kita-Zugang für Kinder aus Familien mit niedrigem sozio-ökonomischem Status schaffen. Auch müsse weiter an der Verbesserung der Qualität des Kita-Angebots gearbeitet werden. Zudem solle der Besuch zusätzlicher Bildungsangebote in den Bereichen Musik, Sport, Spracherwerb gefördert werden. Die Familien in ihrer Gesamtheit müssten stärker frühzeitig, wenn die Kinder noch klein seien, durch Bildungsangebote unterstützt werden.

Auf Kinder mit nichtdeutscher Familiensprache, immerhin 20 Prozent der Kita-Kinder, sei besonderes Augenmerk zu richten. Bei ihnen komme es auf einen frühzeitigen und umfassenden Spracherwerb an. „Die brauchen das 'Sprachbad' der Kita so früh wie möglich.“ Je früher man in die Ausbildung der Kinder investiere, desto besser seien die aufgewendeten Mittel gesellschaftlich angelegt.

„Risiko für eine altersgemäße Entwicklung“

„Armut ist mehr als der Mangel an Geld, sondern eine prägende Lebensbedingung, die mit vielen Einschränkungen und Benachteiligungen einhergeht“, sagte Dr. Irina Volf vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, die Projekte und die Ergebnisse einer Langzeitstudie zur Unterstützung benachteiligter Kinder und Jugendlicher vorstellte.

„Kinderarmut ist vor allem Familienarmut“, die Kinder seien diesem Zustand ausgesetzt, ohne dass es bislang eine Hoffnung auf Besserung gebe, eine Dauerkrise. Armut „als Risiko für eine altersgemäße Entwicklung“ habe „weitreichende Konsequenzen für den gesamten Bildungsweg“, sie behindere die Betroffenen oft ihr Leben lang. Kinder aus armen Familien erreichten meist schlechtere Bildungsabschlüsse und litten unter gesundheitlichen Problemen.

Gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Es gelte, betroffene Kinder vor allem in den Übergangsphasen vom Kleinkindalter zur Schule sowie zwischen Schule und Erwachsenenleben zu begleiten, um den „Kreislauf der Armut zu durchbrechen“. Staat und Gesellschaft müssten ein hohes Interesse daran haben, dass Kindern und Jugendlichen ihr Lebenslauf gelinge. „Die Bekämpfung der Kinderarmut ist als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen. Die Berücksichtigung der Lebenslagen von Familien muss Standard werden“, forderte Volf.

Es bestehe ein akuter Bedarf an institutioneller Förderung von Kindern, die in armen Familien aufwachsen. Alarmierend sei, dass Vierjährige in armen Familien lediglich 50 Prozent der altersgemäßen Techniken beherrschten. In den evaluierten Projekten habe sich gezeigt, dass die Förderung vor allem bei sehr stark von Armut betroffenen Familien Wirkung gezeigt habe.

Individuelle, talentorientierte Förderung

Ein früher Zugang zur institutionellen Betreuung, längere Betreuungszeiten und Kleingruppen seien insbesondere für arme Kinder wichtig. Eine „individuelle, talentorientierte Förderung“

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Sarah Lahrkamp (SPD)

könne einen messbaren Beitrag zu größerer Chancengerechtigkeit am Übergang von der Kita zur Schule leisten. „Kinder können ihre Talente überhaupt erst entwickeln, wenn sie eine Chance dazu bekommen“, so die Sachverständige.

Vielen fehle es zudem an „Selbstwirksamkeitserfahrung“. Nur wenn Kinder aber die Erfahrung machten, dass sie aus eigener Kraft etwas schaffen und bewirken könnten, wüchsen sie auch zu mündigen Staatsbürgern heran, die Interesse an der Gestaltung des Gemeinwesens und an der Politik zeigten. Sowohl die in der Erziehung tätigen Fachkräfte als auch die Politik müssten stärker für das Thema Armut sensibilisiert werden und diesen Aspekt in Ihre Arbeit integrieren, Regierung und Parlament sollten sämtliche „Entscheidungen armutsbewusst treffen“, um die Zukunft armutsgefährdeter Kinder nicht zu verspielen.

„Ungünstige strukturelle Rahmenbedingung“

Kinderarmut treffe in Deutschland auf sehr ungünstige strukturelle Rahmenbedingung des öffentlichen Erziehungs- und Bildungswesens, sagte Prof. Dr. Birgit Herz vom Institut für Sonderpädagogik der Leibniz Universität Hannover. Der gesamte Bereich sei chronisch unterfinanziert, ja „verarmt“. Das sei angesichts der individuellen Lage vieler Kinder sowie der gesellschaftlichen Bedeutung des Themas verantwortungslos. Die unzureichende personelle Ausstattung führe dazu, dass viele engagierte Erzieher und Lehrer unter den derzeitigen Bedingungen überfordert seien.

Sie riet, den Blick in der deutschen Debatte stärker auf Erfolge in anderen Ländern zu richten. Während das deutsche Schulsystem früh erfolgreiche von weniger erfolgreichen Kindern trenne und auf diese Weise Chancen auf bestimmte Gruppen verteile, habe man in Finnland mit einer stärkeren Betonung des „Community Verständnisses“ gute Erfahrungen gemacht. Von der Geburt an würden Kinder dort am Wohnort durch einen Paten und Ansprechpartner begleitet. Viel weniger Kinder würden dadurch Schwierigkeiten in der Schule haben oder diese ohne Abschluss verlassen.

„Illusion der Chancengleichheit“

In Frankreich wirke ein stark ausgebautes Privatschulsystem als gesellschaftlicher Stabilisator. In Deutschland müsse man weg kommen von dem Ansatz der Individualisierung junger Menschen und sich stärker einer gemeinschaftsorientierten Förderung verschreiben. Eine armutsorientierte Kinder- und Jugendpolitik müsse politikfeldübergreifend handeln, die Lebenssituation der Kinder von der Armut der Erwachsenen entkoppeln, in frühkindliche Bildung, Schulen und Stadtteilentwicklung investieren, die beteiligten Erwachsenen unterstützen sowie eine konstante Forschungsförderung zu dem Thema gewährleisten.

Herz mahnte, sich „von der Illusion der Chancengleichheit“ zu „verabschieden“. Daran habe sie noch als angehende Forscherin vor 50 Jahren geglaubt. Aber heute müsse es darum gehen, den jungen Menschen ihren Platz in der Arbeitswelt der Zukunft zu schaffen oder sie auf ein Leben in Nichterwerbstätigkeit vorzubereiten. Aber, dass „alle alles machen können“ sei „eine Illusion“. Dieser Inklusionsanspruch sei zudem überhaupt nicht mehr zu finanzieren. Es könne

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Sarah Lahrkamp (SPD)

künftig lediglich darum gehen, bestimmte Härtelagen abzumildern. „Wir müssen die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft im Blick behalten. Inklusion und Integration können wir nicht völlig losgelöst von der weltwirtschaftlichen Entwicklung machen.“ (11/28.09.2022)

4.5. Öffentliches Expert*innengespräch zum Thema „Kinderarmut und strukturelle Faktoren“

Die 6. Sitzung der Kinderkommission am 12. Oktober 2022 stand unter dem Thema „Kinderarmut und strukturelle Faktoren“ und wurde mit den Sachverständigen **PD Dr. Andreas Klärner** (Institut für Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen, Thünen-Institut), **Anette Stein** (Bildung und Next Generation, Bertelsmann Stiftung) sowie **Steffi Schünemann** (Verband und Sozialpolitik AWO, Sachsen-Anhalt) diskutiert.

Expertin: Armut ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen

Kinderarmut ist in Deutschland ein gesamtgesellschaftliches, strukturelles Problem, und nicht selbstverschuldet, waren sich die Sachverständigen in einem öffentlichen Expertengespräch der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission, Kiko) am Mittwoch, 12. Oktober 2022, zum Thema „Kinderarmut und strukturelle Faktoren“ einig. Armut habe beträchtliche Auswirkungen auf Gesundheit und Entwicklungschancen der Heranwachsenden. Nötig seien: eine verbesserte Wissensgrundlage über Kinderarmut, ein Ausbau der finanziellen Hilfe, hochwertige Bildungsangebote und ein Zusammenwirken aller Akteure aus einem Guss.

Kinderarmut als strukturelles Problem

„Kinderarmut ist eine der wichtigsten gesellschaftlichen Herausforderungen in Deutschland“, sagte Anette Stein von der Bertelsmann Stiftung. „2,8 Millionen Kinder in Deutschland wachsen in Armut auf – jedes fünfte Kind.“ So die Zahlen von 2020. Während der Pandemie habe sich die Lage vermutlich verschlechtert, „obwohl die Politik in den letzten Jahren viel getan hat“. Das führe vor Augen, dass man es mit einem strukturellen Problem zu habe.

Für zwei Drittel der Kinder sei Armut ein Dauerzustand. Besonders hoch sei die Kinderarmut in Städten, besonders betroffen von Armut seien Kinder in alleinerziehenden und Mehrkind-Familien. Armut schränke Kinder in ihrer Entwicklung ein: Von Armut betroffene Kinder hätten eine schlechtere materielle Ausstattung, bekämen eine schlechtere Ernährung, hätten eine schlechtere Gesundheit und auch schlechtere Chancen im Bildungssystem. Eine Kindheit in Armut habe gravierende Folgen für die individuelle Entwicklung und die ganze Gesellschaft.

Neues „Teilhabegehd“ vorgeschlagen

„Wir haben bislang in Deutschland keine Datengrundlage darüber, was Kinder zum Aufwachsen brauchen“, bemängelte Stein. Um ein „gutes Aufwachsen und faire Bildungs- und Teilhabechancen für alle Kinder“ zu erreichen, müsse die Datenbasis über die Bedarfe von jungen Menschen verbessert werden. „Daten sind Grundlage für eine kind- und jugendgerechte Politik.“

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Sarah Lahrkamp (SPD)

Außerdem brauche es eine neue finanzielle Leistung für Kinder und Jugendliche in Form eines „Teilhabegeldes“ anstelle der bisherigen Leistungen wie die SGB-II-Regelsätze für Kinder oder Kindergeld. Sie plädierte jedoch dafür, den Kinderfreibetrag beizubehalten, um die Grundlogik im Steuerrecht, jedem Menschen ein Existenzminimum zu gewähren, nicht zu beschädigen. Ein neues Teilhabegeld werde dazu beitragen, Armut bei Kindern zu vermeiden und das Armutsrisiko von Millionen Kindern verringern.

Und schließlich komme es auf eine gute Infrastruktur vor Ort an. In den Kommunen müssten „Präventionsketten und vertrauensvolle Anlaufstellen für Kinder, Jugendliche und ihre Eltern“ geschaffen werden, die unbürokratische Beratung und Unterstützung aus einer Hand böten.

Kinderarmut im ländlichen Raum

Wie stark „ungünstige Gelegenheitsstrukturen“ und die speziellen Mobilitätsanforderungen im ländlichen Raum Kinderarmut begünstigten, unterstrich Dr. Andreas Klärner vom Institut für Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen des Thünen-Instituts. Der ländliche Raum, in dem über die Hälfte der Bevölkerung lebe, weise mit 17,5 Prozent eine hohe Armutsquote auf. Für Grundbedürfnisse wie den Weg zur Arbeit, zur Kita, in die Schule, zum Arzt oder zum Einkaufen benötige man dort viel längere Wege, die überwiegend mit dem Auto zurückgelegt würden. Das belastete als zusätzlicher Kostenfaktor das Familieneinkommen oder stehe vielen gar nicht zur Verfügung, die dann auf einen schlecht ausgebauten ÖPNV angewiesen seien.

„Weite Wege belasten besonders Alleinerziehende bei der zeitlichen Alltagsorganisation“, zögen Stress und ein vermehrtes Ruhebedürfnis bei den Erziehungsberechtigten nach sich, was sich sowohl auf die Kinder auswirke als auch auf die beruflichen Chancen der Erwachsenen. Leider müsse man auch eine hohe Rate „sozialer Reproduktion von Armut“ feststellen. So hätten Kinder aus Familien, deren Eltern im Niedriglohnsektor beschäftigt und für die Heranwachsenden ohne Vorbildfunktion seien, ein hohes Risiko, selbst in Armutslagen zu geraten. „Armut ist vor allem ein Mangel an Perspektiven, das eigene Leben gestalten zu können“, so das Ergebnis im Rahmen eigener Forschung geführter Interviews mit Betroffenen, berichtete Klärner.

Forderung nach mehr Forschung

Das Problem der Kinderarmut in ländlichen Räumen sei leider ein bislang in der Forschung vernachlässigtes Thema und verdiene auch in Politik und Gesellschaft mehr Aufmerksamkeit. Man habe noch ein unvollständiges Wissen darüber, wie Armut die Betroffenen in ihrem Alltag beeinträchtige. Positiv könne man vermerken, dass eine „wohlfahrtsstaatliche Auseinandersetzung mit dem Thema“ stattfinde. Der Ansatz der Bundesregierung, Eltern in Erwerbstätigkeit zu bringen, gehe in die richtige Richtung.

Darüber hinaus seien alle Maßnahmen wichtig, die darauf zielten, das Familieneinkommen zu erhöhen, vor allem Alleinerziehende in Arbeit zu bringen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erhöhen sowie ein verlässliches Ganztagsschulangebot.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Sarah Lahrkamp (SPD)

Expertin: Hilfe so früh wie möglich ansetzen

„Armut und soziale Ungleichheit sind ein gesamtgesellschaftliches Phänomen und nicht selbst verschuldet“, gab Steffi Schünemann von der Arbeiterwohlfahrt Sachsen-Anhalt zu bedenken. Sie resultierten aus strukturellen und institutionellen Rahmenbedingungen. Je länger und je kumulierter die Probleme auftraten, desto gravierender seien die Folgen. Gesellschaft sowie Bund, Länder und Kommunen seien gemeinsam in der Pflicht, um durch Armut verursachte Chancenungleichheit zu verhindern und für alle gleichwertige Lebensverhältnisse und Teilhabechancen zu gewährleisten. Sie präsentierte die Ergebnisse einer Langzeitstudie zur Kinder- und Jugendarmut, in der Entwicklungspunkte im Lebenslauf von Kindern seit 1997 untersucht wurden.

Neben der Kindergrundsicherung müssten Bund, Länder und Kommunen ein qualitativ hochwertiges Bildungssystem sicherstellen, forderte sie. Wenn es an „sensiblen Übergangsphasen“ zwischen Kita, Schule und Ausbildung eine starke soziale Infrastruktur und funktionierende soziale Netz gebe, stiegen die Chancen der Kinder und Jugendlichen, der Armut zu entkommen. Eltern und Kinder müssten von der Schwangerschaft bis zum Berufseintritt, insbesondere bei Übergängen begleitet werden. Dabei müssten die Hilfen so früh wie möglich ansetzen, eine Schlüsselrolle spielten Kindertageseinrichtungen sowie ein qualitativ hochwertiges Bildungs- und Erziehungssystem. Schünemann warb insbesondere für den Erhalt einer Bundesfinanzierung der Sprachfachkräfte in den Kitas. Jugend brauche zudem die „außerschulischen Erfahrungsräume“ einer „offenen Jugendarbeit“.

Mehr Prävention gefordert

Insgesamt müssten Gesellschaft und Politik „weg von der Reaktion auf Symptome und Defizite, hin zur Prävention mittels aktiver, vernetzter Steuerung und Gestaltung“. Gebraucht werde eine „integrierte Gesamtstrategie, die Unterstützungsangebote verbindet und entlang der Lebensphasen aufeinander abstimmt“.

Dabei sei die „Kommune der Ort, an dem Armut direkt begegnet wird“. Dort gelte es den „Aufbau von Präventionsketten“ zu fördern. Ort der „strategischen Koordination und Förderung des Aufbaus einer armutspräventiven Infrastruktur in den Kommunen“ sei die Landesebene. Auf Bundesebene müssten „planbare, dauerhafte und verlässliche Rahmenbedingungen“ gestaltet sowie bundeseinheitliche Standards im Sinne der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse geschaffen werden. Kinder- und familienpolitische Leistungen müssten als einkommensabhängige Kindergrundsicherung reformiert und entbürokratisiert werden. (11/12.10.2022)

4.6. Öffentliches Expert*innengespräch zum Thema „Kinderarmut und die Corona-Pandemie“

Auch die 7. Sitzung der Kinderkommission am 19. Oktober 2022 befasste sich mit dem Thema „Kinderarmut“. Diesmal wurde sie jedoch in den Zusammenhang mit der Corona-Pandemie gestellt. Um das Thema entsprechend zu beleuchten wurden **Prof. Dr. Ulrike Ravens-Sieberer** (Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf), **Prof. Dr. Susanne Kuger** (Deutsches Jugendinstitut, München) und **Karolin Kroggel** (SOS Kinderdorf, Berlin) als Sachverständige eingeladen.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Sarah Lahrkamp (SPD)

Mehr Hilfe für Familien und bessere Ausstattung für Kitas und Schulen gefordert

Die Corona-Pandemie hat gerade Kinder aus benachteiligten Familien hart getroffen, so die Sachverständigen in einem öffentlichen Fachgespräch der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission, Kiko) zum Thema „Kinderarmut und die Corona-Pandemie“ am Mittwoch, 19. Oktober 2022. Die negativen Auswirkungen der Pandemie auf das Kindeswohl in den verschiedensten Bereichen gelte es nun schnell zu adressieren. Der Hilfe für Familien sowie einer besseren Ausstattung von Kitas und Schulen komme dabei eine besondere Bedeutung zu.

Ravens-Sieberer: Es müssen die Familien unterstützt werden

Die Corona-Pandemie hat die Lebensqualität und Gesundheit von Kindern beeinträchtigt, so die Ergebnisse einer Studie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf, die Prof. Dr. Ulrike Ravens-Sieberer vom Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf vorstellte (Copsy-Studie). Ob psychische Auffälligkeiten, Angstsymptome oder die subjektiv wahrgenommene Gesundheit: Die Zahlen zeigten bei den vier Befragungen von mehr als 1500 Eltern mit ihren Kindern im Alter von elf Jahren oder älter in den Jahren 2020 und 2021 nach oben und sanken nach dem Ende der Lockdowns nicht wieder auf das Niveau von vor der Pandemie. Überdurchschnittlich betroffen seien Kinder aus Familien mit niedrigem sozioökonomischem Status. Je höher Bildungsgrad und Einkommen der Eltern, desto geringer die Zahl betroffener Kinder. Dabei bleibe der „soziale Gradient stabil“, stellte Ravens-Sieberer fest, es sei kein Auseinanderdriften der sozialen Gruppen zu beobachten. „Es kommt bei allen Gruppen zu einem Anstieg. Die soziale Schere geht nicht weiter auseinander.“

Zu den Risikofaktoren für die Kinder zählten neben dem niedrigen Bildungsabschluss der Eltern und finanziellen Restriktionen durch Stress belastete oder erkrankte Eltern und häusliche Enge. Den Kindern, die schon vorher belastet waren, ging es besonders schlecht, so die Professorin für Gesundheitswissenschaften, Gesundheitspsychologie und Versorgung von Kindern und Jugendlichen. Sehr helfen könne den Kindern vor allem die eigene Familie: ein gutes Familienklima, gemeinsam verbrachte Zeit. „Das macht die Kinder seelisch gesund, lässt sie resilienter werden.“ Aus dieser Schutzfunktion der Familie folge, dass man vor allem die Familien unterstützen müsse. Diese versuchten nämlich alles, damit das Leben auch unter erschwerten Bedingungen weitergehe, hätten aber in den Umfragen angegeben, durch die Belastungen der Krise erschöpft zu sein. An den Bildungseinrichtungen Kita und Schule brauche man ein dauerhaftes Alarm- oder Monitoringsystem, das den Zustand der allgemeinen mentalen Gesundheit überwache und Eltern und Lehren zeige, wenn etwas schief laufe. Leider habe man die Auswirkungen der Pandemie auf die kindliche Gesundheit nicht vorausgesehen.

Untersuchung zum Betreuungs- und Bildungsangebot der Kitas

Prof Dr. Susanne Kuger vom Deutschen Jugendinstitut München ergänzte aus verschiedenen wissenschaftlichen Studien, dass sozioökonomisch schlechter gestellte Familien seltener von dem Betreuungs- und Bildungsangebot der Kita Gebrauch machten. Zwar hätten Schließungen und

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Sarah Lahrkamp (SPD)

Notbetreuung alle Familien gleich getroffen. In Bundesländern mit Wahlfreiheit hätten aber Eltern mit hohem Bildungsgrad ihr Recht auf einen Kitaplatz eher eingefordert als geringer qualifizierte. Die Liste mit schlechteren Bedingungen für Kinder aus sozial schwachen und bildungsfernen Familien lasse sich noch weiter fortsetzen: So hätten „Kitas mit ungünstigerer sozioökonomischer Komposition öfter geschlossen“ und dort habe es auch „doppelt so viele Infektionen“ gegeben, vermutlich weil die Eltern Berufe mit weniger Möglichkeiten zum Telework ausübten. Sämtliche Kitas hätten einen höheren Förderbedarf angemeldet, aber die Kitas mit mehr Kindern aus benachteiligten Familien einen „eklatant höheren“. Dort habe es auch mehr Rückstellung von der Schule gegeben.

Wie sehr es in Krisenzeiten für die Kinder auf ein gutes Familienklima ankomme, darauf verwies auch Kuger. „Verlässliche Routinen und positive Praktiken, ein geregelter Tagesablauf eine hohe Lebenszufriedenheit der Eltern“ hätten stabilisierend gewirkt. Kinder aus benachteiligten Familien, die schon vor der Pandemie eine schlechtere Ausgangssituation gehabt hätten, hätten auch während der Pandemie ungünstigere Bedingungen vorgefunden, sei es bei der Betreuung als auch in ihren Familien. Sowohl Kindergärten als auch die Familien seien an der Belastungsgrenze und bräuchten mehr Unterstützung.

Kroggel: Schulschließungen für Kinder besonders dramatisch

Von ihren praktischen Beobachtungen berichtete die Sozialpädagogin und Schulsozialarbeiterin Karolin Kroggel vom Verein SOS-Kinderdorf Berlin. Vor allem an sogenannten Brennpunktschulen häuften sich nach den Lockdowns die Probleme. Besser gestellte Familien im Einzugsgebiet schickten ihre Kinder gar nicht mehr dorthin. An vielen Schulen hätten 90 Prozent der Kinder einen Migrationshintergrund, Eltern mit niedrigem Bildungsgrad und Einkommen, lebten auf beengtem Raum, oftmals in Gemeinschaftsunterkünften. Zu dem schwierigen sozialen Umfeld seien dann die Umstände der Pandemie gekommen: Die Kinder seien lange mit ihren Problemen allein zu Hause gewesen, ohne Kontakt zu ihren Freunden, Familienbesuche und die normalen Sport- und Freizeitangebote.

Die Schulschließungen seien für Kinder aus benachteiligten Familien besonders dramatisch gewesen, sagte Kroggel. „Schule ist der Ort, wo alle Kinder sind und wo wir sie im Blick haben.“ Die Schule baue Bildungsbenachteiligung ab. Als die Schulen wieder öffneten habe es dort neue Probleme gegeben: Gewalt, Kinder, die sich selbst und ihre Mitschüler vom Lernen abhielten, mit Konzentrationsschwäche oder mit massiver Schulangst. „Das Klima war rau, es krachte erst mal.“ Die Folgen von zwei Jahren Pandemie und Schulschließungen seien noch immer an einem veränderten Sozialverhalten der Kinder sichtbar. Die Gewaltbereitschaft sei gestiegen, viele klagten über Müdigkeit oder Burnout, die Mediennutzung habe zugenommen, die Sprachdefizite häuften sich oder es gebe Kinder, die sich nicht mehr trautes ihr Gesicht frei von einer Maske zu zeigen, andere seien einfach noch nicht schulreif und würden mit dem Buggy zur Schule gefahren.

Ein pädagogisch ausgefeiltes Konzept sei nötig, um alle Kinder ans Lernen zu bringen. Es müsse zu einer Reduzierung der Klassenstärken kommen, um jeden einzelnen besser fördern zu können. Aber dieser Bedarf treffe auf eine angespannte Personalsituation. Dabei brauche es mehr Sprachförderung, mehr Sonderpädagogen, aber auch Therapieplätze. Für die Kinder sei es grundlegend,

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Sarah Lahrkamp (SPD)

mehr Selbstwirksamkeit zu erfahren, Erfolge erlebbar zu machen. Dagegen würden in benachteiligten Familien Mut- und Lustlosigkeit immer größer, das eigene Selbstbild jedoch immer schwächer. „Immer weniger Kinder glauben, dass sie in ihrem Leben etwas bewirken können.“ Man müsse den individuellen Reichtum der Kinder in Blick nehmen, ihnen ihre Aktions- und Freiräume zurückgeben. „Man kann sich nicht aussuchen, in welche Familie man hineingeboren wird.“ Aber die Gesellschaft brauche doch jeden jungen Menschen, sie würden gebraucht, es gebe schließlich einen riesigen Bedarf an Fachkräften. (11/19.10.2022)

4.7. Öffentliches Expert*innengespräch zum Thema „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“

In den letzten beiden Sitzungen der Vorsitzzeit der Abgeordneten Sarah Lahrkamp wurde sich dem Themenkomplex „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“ gewidmet. Hierzu wurden in der 8. Sitzung am 9. November 2022 die Sachverständigen **Sebastian Schiller** (Leiter Fachstelle Kinder- und Jugendbeteiligung, Deutsches Kinderhilfswerk), **Vincent Sipeer** (Kinder- und Jugendbeirat des Deutschen Kinderhilfswerks und Mitglied des jugendpolitischen Beirates des BMFSFJ) sowie **Prof. Dr. Waldemar Stange** (Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Leuphana Universität Lüneburg) eingeladen.

Sachverständige: Beteiligung stärkt Demokratie, Staat und Verwaltung

Von Schülervertretungen bis zu Jugendparlamenten, von projektbezogener Beteiligung bis zu dauerhaften Gremien: Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen am politischen Verfahren gibt ihnen Gelegenheit, Selbstwirksamkeitserfahrungen zu sammeln, lässt sie gesellschaftliche Krisen besser bewältigen und stärkt zudem Demokratie, Staat und Verwaltung, so die Sachverständigen im öffentlichen Fachgespräch der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission, Kiko) am Mittwoch, 9. November 2022, die einen Überblick über die Fülle an Beteiligungsformen in Deutschland gaben und aufzeigten, wo weiteres Entwicklungspotenzial besteht.

„Flickenteppich“ an Beteiligungsformen im Land

Nicht überall gleich ausgeprägt sei die Dichte an Beteiligungsformen im Land, stellte Sebastian Schiller, Leiter der Fachstelle Kinder- und Jugendbeteiligung vom Deutschen Kinderhilfswerk, fest und sprach von einem „Flickenteppich“. Insgesamt gebe es „auf kommunaler Ebene die meisten erprobten Formate“. Zentrales Format seien die 520 Jugendparlamente - was bedeute, dass es in etwa fünf Prozent der Kommunen solche Einrichtungen gebe. Zahlreiche Einrichtungen und Abläufe der Jugendparlamente seien denen echter Parlamente nachgebildet: vom Rede- und Antragsrecht, über Anhörungen bis hin zu einem eigenen Budget.

Vor Ort müsse die jeweils am besten passende Form der Beteiligung gefunden werden, innerhalb auf Dauer angelegter Organe wie Jugendparlamenten oder zeitlich begrenzt und projektbezogen, entlang der Stufen unterschiedlicher Intensität der Beteiligung: Entweder teilten die Jugendli-

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Sarah Lahrkamp (SPD)

chen in Form der Anhörung lediglich Ideen, würden im Rahmen der Mitwirkung in die Ausgestaltung von Maßnahmen einbezogen oder in der Mitentscheidung in die Beschlussfassung eingebunden.

Experte: Entwicklungsbedarf auf Länderebene

„Auf Länderebene besteht aus Sicht des Kinderhilfswerkes noch größerer Entwicklungsbedarf“ als auf kommunaler Ebene, sagte Schiller. Zwar gebe es landesweite Dachverbände der Jugendparlamente, die sich zu Landes- und kommunalen Themen positionierten. In der Hälfte der Länder gebe es zudem Jugendlandtage, die eine Mischung aus Planspiel, politischer Bildung und Dialog mit Politik und echter Beteiligung darstellten. Eine konkrete Mitwirkung sei jedoch meist nicht vorgesehen. In vielen Bundesländern bestünden zudem sogenannte Landesjugendkonferenzen oder Jugendforen und auch themenbezogene Beiräte zur Beteiligung von jungen Menschen an konkreten Projekten.

Auch auf Bundesebene fänden sich beispielsweise mit den Jugendpolitiktagen oder der Bundesjugendkonferenz „spannende Beteiligungsformate“, in denen die Politik der Bundesregierung besprochen werde. Viele Ministerien und nachgelagerte Behörden hätten zudem Jugendbeiräte eingerichtet. Er sehe aber auch noch Ausbaupotenzial, so Schiller und schlug vor, entsprechend dem Vorbild der Jugendlandtage ein Gremium beim Bundestag zu schaffen, in das Kinder und Jugendliche Vorschläge einbringen und mit gewählten Abgeordneten in Kontakt treten könnten.

Beteiligung von Jugendlichen auf Bundesebene

„Sehr gut funktionieren“ könne, entgegen häufig zu hörenden Vorbehalten, die Beteiligung von Jugendlichen auf Bundesebene, sagte Prof. Dr. Waldemar Stange vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik der Leuphana Universität Lüneburg. Es gebe „mehrere Beispiele für gut funktionierende Gremien“, beispielsweise die Jugendbeiräte, etwa beim Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), aber auch Bundesjugendkonferenz. Er verwies auf eine Fülle erfolgreicher Beteiligungsformate und -projekte, die zu wenig wahrgenommen würden, und schlug vor, die Beteiligungsformate von Jugendlichen auf Bundes- und Länderebene stärker zu verzahnen.

Im nationalen Rahmen entwickle die Bundesregierung mit dem Aktionsplan Kinder- und Jugendbeteiligung ihre im Koalitionsvertrag vereinbarte Jugendstrategie weiter. Aber auch auf internationaler Ebene, in der Europäischen Union, bei den Vereinten Nationen oder bei der G7 gebe es Jugenddelegiertenprogramme. Man dürfe auch nicht vergessen, dass Deutschland mit dem Bundesjugendring seit über 70 Jahren über eine Vertretung der Jugendverbände verfüge, die sehr gut funktioniere und „um die uns viele Länder beneiden“. Dass Jugendliche Gremienarbeit langweilig fänden, davon dürfe man nicht pauschal ausgehen. Umfragen hätten ergeben, dass Jugendliche ein „Bedürfnis nach Struktur und Ordnung“ hätten. Wichtig sei, dass Jugendparlamente nicht als Konkurrenz zu anderen Beteiligungsformaten, sondern als Teil einer größeren Partizipationslandschaft verstanden würden.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Sarah Lahrkamp (SPD)

„Kraftzentren für die Demokratie“

Vincent Sipeer vom Kinder- und Jugendbeirat des Deutschen Kinderhilfswerks und Mitglied des jugendpolitischen Beirates des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) berichtete von der „Initiative starke Kinder- und Jugendparlamente“ beim Deutschen Kinderhilfswerk (DKHW e.V.) und forderte: „Beteiligung sollte allen politischen Entscheiden ein Anliegen sein.“ Ein Mehr an Mitwirkung lasse die Kinder und Jugendlichen die gegenwärtigen Krisen, von Covid-19 über die Klimakrise bis hin zum Krieg in Osteuropa besser bestehen. Angebote der Partizipation ließen Kinder und Jugendliche Politik als gestaltbar erleben und stärkten die Demokratie auf lokaler Ebene, „von unten“. Dort wo Kinder- und Jugendparlamente funktionieren, wirkten sie als „Kraftzentren für die Demokratie“, eröffneten demokratische Lerngelegenheiten. „Alle Verwaltungs- und Staatsebenen profitieren von der durch Jugendstrategien politisch gerahmten, normativ integrierten und pädagogisch begleiteten Kinder- und Jugendbeteiligung“ entsprechend dem Leitbild der Mitbestimmung junger Menschen.

Sipeer gab den Angeordneten mit auf den Weg, „Kinderrechte mit Kindeswohlvorrang im Grundgesetz zu verankern, um Schutz, Förderung und Beteiligung verfassungsrechtlich abzusichern.“ Die Jugendstrategie der Bundesregierung sei ambitioniert und international herausragend. Er habe durch sein Engagement mehrere Jahre die Wirkung seiner Mitwirkung erleben können. Jugendliche müssten diese Selbstwirksamkeitserfahrung machen. „Mitwirkung mit Wirkung“ sei der Schlüssel Jugendliche zum Engagement zu bewegen. „Das hat mich motiviert, dran zu bleiben.“ (11/09.11.2022)

4.8. Öffentliches Expert*innengespräch zum Thema „Beteiligung Kinder und Jugendliche berichten“

In der 9. Sitzung der Kinderkommission am 30. November 2022 mit dem Thema „Beteiligung – Kinder und Jugendliche berichten“ kamen die Kinder und Jugendlichen selbst zu Wort. Hierzu wurden **Marlen Hutzenlaub** und **Ben-Philipp Ewering** vom Jugendparlament Ochtrup, **Tabea Diederich**, **Louis Meilicke** und **Philipp Caruana** als Teilnehmend des Planspiels „Parlamentarische Demokratie spielerisch erleben“, **Eva Schroeter** und **Tonius Weiß** von der Kolping Jugend NRW und **Noa** von „Jugend hackt“ eingeladen, die teilweise digital zugeschaltet waren. Diese Sitzung wurde live im Parlamentsfernsehen und im Internet übertragen. Auch das Team der „Logo-Kinderreporter“ war bei dieser öffentlichen Sitzung anwesend, um die Jugendlichen zu interviewen und einen Beitrag über die Sitzung zu erstellen.

Kinder und Jugendliche berichten von ihren Vorhaben und Erfahrungen

Zusammen programmieren, parlamentarische Erfahrung sammeln, seine Interessen in den politischen Prozess einbringen: Mädchen und Jungen, die sich in Deutschland für die Belange ihrer Generation und Zukunftsthemen stark machen wollen, können dem auf vielfältige Weise Ausdruck verleihen. Und tun dies auch. Diesen Eindruck vermittelten die Kinder-Sachverständigen

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Sarah Lahrkamp (SPD)

im Alter zwischen 12 und 18 Jahren im öffentlichen Fachgespräch der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission, Kiko) zum Thema „Beteiligung von Kindern“ am Mittwoch, 30. November 2022.

Sie haben in ihrer Stadt ein Jugendparlament geschaffen und nun im Stadtrat Antrags- und Rede-recht, sie setzen sich bei der Kolpingjugend NRW für das Projekt „Landtag LIVE“ und die Absen-kung des Wahlalters ein, sind beim Planspiel des Bundestages zur Parlamentarischen Demokratie in die Rolle von Abgeordneten geschlüpft und haben beim Projektwochenende von „Jugend hackt“ mit Gleichgesinnten ihr Web-Projekt „Wie viel Verschwörung steckt in dir?“ program-miert. In vier Teams berichteten junge Macherinnen und Macher den Mitgliedern der KiKo von ihren Vorhaben und Erfahrungen.

Aktuelle Fragen technisch-spielerisch erfahrbar machen

Sich als Informatik-Interessierte mit Gleichgesinnten zu vernetzen war für Noa der Grund, am Ju-gend hackt Event 2021 in Berlin teilzunehmen. Mit ihren Partnerinnen hat sie dort in professio-neller Umgebung eine aktuelle Frage angepackt und technisch-spielerisch erfahrbar gemacht. Ein wichtiges Erfolgserlebnis sei das für sie gewesen. Das habe sie aber nur als Auftakt für mehr ver-standen. Seitdem trifft sie sich regelmäßig mit dem Programmernachwuchs im Jugend hackt Lab, solche working spaces für die Community gebe es deutschlandweit in mittlerweile 22 Städten. Es gehe darum, „an einer Sache dran zu bleiben, sein Projekt am Laufen zu halten. Das ist das Span-nende“, findet Noa.

Kinder schlüpfen in die Rolle von Abgeordneten

Von einem tiefen, beeindruckenden Einblick in die Parlamentsarbeit und den Weg der Gesetzge-bung berichteten Philipp Caruana, Tabea Diederich und Louis Meilicke, die beim Planspiel des Bundestages in die Rolle von Abgeordneten geschlüpft waren, mit weiteren Mitspielern Fraktio-nen gebildet, und das Thema „Klarnamenpflicht oder Anonymität im Internet“ in Innenaus-schuss, Fraktionen und Plenardebatte, als Regierungs- und Oppositionsfraktionen, von der Vor-lage des Gesetzentwurfs über Änderungsanträge bis zur Schlussabstimmung bearbeitet hatten.

Das Planspiel rege über den Schulalltag hinaus an, sich mit Politik zu beschäftigen, sagte Tabea. Ob die jugendlichen Teilnehmerinnen eine Begeisterung für Politik aus dem Bundestag hinaus trügen, wollte Matthias Seestern-Pauly (FDP) wissen. „Oder wart ihr enttäuscht von den langen Abläufen?“ Bei ihm habe das Interesse überwogen, sagte Louis, und lobte die Veranstaltung des Besucherdienstes als ein prima Lernangebot. „Man muss das alles wissen, bevor man wählen kann.“

Kommunales Jugendparlament in der Praxis

Die Interessen der jungen Generation in der lokalen Politik vertreten Marlen Hutzenlaub und Ben Philipp Ewering im Jugendparlament der Stadt Ochtrup im Münsterland. Es gehe darum, Ideen zur Entwicklung des Ortes in den Rat der Stadt einzubringen, Vorhaben für Jugendliche voran zu

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Sarah Lahrkamp (SPD)

bringen: von der Anpflanzung von Bäumen über Müllsammelaktionen oder die Beteiligung am Weltkindertag bis hin zum Bau eines neuen Fußballplatzes.

Nach einem schwierigen Anfang vor über zehn Jahren sei das „JPO“ mittlerweile eine feste Institution in Politik und Gesellschaft der Stadt, erklärten die beiden Jugendparlamentarier. Man habe ein Antrags- und Rederecht im Stadtrat, pflege einen regen Austausch mit Verwaltung und Parteien und habe in der Verwaltung einen festen Ansprechpartner bekommen. Das JPO funktioniere gut, „Wir werden gehört“. Einen Fuß in die Politikwelt der Erwachsenen zu bekommen sei das eine, andererseits wolle man bei der eigenen Altersgruppe Interesse für Politik wecken.

Beteiligung von Jugendlichen auf Landesebene

Das wollen auch Eva Schröter und Tonius Weiß vom Landesverband Nordrhein-Westfalen der Kolpingjugend, die sich in ihrem Verein für die Beteiligung von Jugendlichen auf Landesebene einsetzen und deren Interesse und Verständnis für Politik vertiefen wollen. So können Jugendliche im Projekt „Landtag LIVE“ sich das Parlament in Düsseldorf eine Woche lang ansehen und Abgeordnete bei Ihrer Arbeit begleiten. Man befasse sich auch mit Vorhaben der Landesregierung wie dem „Kinder- und Jugendförderplan NRW“ und übe mit dazu formulierten Forderungen direkt Einfluss auf den politischen Prozess aus. Die Partizipation von Jugendlichen gedenke man vor allem durch eine Absenkung des Wahlalters bei Landtagswahlen und auch auf Bundesebene, „spätestens zur nächsten Bundestagswahl“, zu verbessern, statt mit Jugendparlamenten Parallelstrukturen zu fördern. Ob man sich auch um politikferne Jugendliche bemühe, wollte Emilia Fester (Bündnis90/Die Grünen) wissen. Die versuche man „da abzuholen, wo sie sind“. Es fange oft bereits damit an, wie man die Dinge benenne: „Wie können wir unser Dorf oder unseren Stadtteil schöner machen?“ höre sich ganz anders an als: „Wir befassen uns heute mit dem Flächennutzungsplan“, sagte Tonius.

KiKo will Beteiligung weiter voranbringen

Die Bundesebene und ihre Kompetenzen reichten meist nicht bis auf die lokale und regionale Ebene der Länder, gab die Vorsitzende, Sarah Lahrkamp (SPD), zu bedenken. Dennoch wolle die KiKo im Deutschen Bundestag Politik für Kinder und Jugendliche machen und deren Interessen in möglichst viele Politikfelder einfließen lassen. Wie die Mitglieder der KiKo das Thema Beteiligung voranbringen könnten, dazu hatten die Jugendlichen einige Ideen: Das Wahlalter auch auf Bundesebene absenken, Jugendparlamente im eigenen Wahlkreis einrichten, ein Bundesjugendparlament einfach mal ausprobieren. (11/30.11.2022)

Die **Wortprotokolle** zu den jeweiligen öffentlichen Expert*innengesprächen sind auf der Webseite der Kinderkommission **unter folgendem Link abrufbar:**

https://www.bundestag.de/ausschuesse/a13_familie/a13_01/Protokolle

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Sarah Lahrkamp (SPD)

5. Fachgespräch mit der Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs

In der 2. Sitzung am 11. Mai 2022 lud die Kinderkommission die Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM), Kerstin Claus, zu einem Fachgespräch ein. Thematisiert wurde, dass Missbrauch überall stattfindet und deshalb Handlungskompetenz überall in der Gesellschaft erforderlich sei. Die Beauftragte berichtete, eine geplante auf fünf Jahre angelegte Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagne werde kommen, auch wenn aktuell noch die Mittel für das Jahr 2023 fehlten. Die Kampagne sei wichtig, weil man die direkte Ansprache suchen müsse und zeigen müsse, dass jede und jeder etwas tun könne.

Prävention müsse nicht alleine beim Kind, sondern auch bei den Erwachsenen ansetzen. Die Einbindung erwachsener Betroffener könne dabei hilfreiche Perspektiven bieten. Wenn das erwachsene Umfeld nicht die entsprechenden Kompetenzen mitbringe, obsiegt immer Täterstrategien. Das soziale Umfeld müsse so gestaltet sein, dass Täterstrategien nicht greifen könnten. Die Aus- und Weiterbildung beim Kinderschutz und flächendeckend verankerte Schutzkonzepte seien dafür unerlässlich.

Um die schnelle Aufdeckung von Missbrauchsfällen sicherzustellen, seien die Investition in Ressourcen und Ermittlungsbehörden sowie Dialog mit den Ländern dringend geboten. Hell- und Dunkelfeld müssten weiter erforscht werden. Zudem seien Möglichkeiten zur Nachverfolgung und Strafverfolgung von Kinderpornografie im Netz Teil diverser Gespräche.

Für Betroffene müssten Strukturen der Beratung, des Unterstützens und des Begleitens schnell und direkt erreichbar sein. Dies sei Teil der Stärkung von Kinderrechten. Wenn Kinder mit dem Bewusstsein für ihre Rechte und für Beschwerdestrukturen aufwachsen, wüssten sie, dass sie für ihre Interessen eintreten könnten und gehört würden.

Therapieplätze für Betroffene seien knapp, schnelle psychotherapeutische Unterstützung sei aber wichtig. Eine erste Hilfe könnten die „Nummer gegen Kummer“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen, und Jugend und eine spezielle Nummer bei der USBKM. Beide Hilfefone seien aber nicht 24h geschaltet.

Nötig sei zudem eine Reform des Opferentschädigungsrechts. Diese müsse ressortübergreifend sein und sozialrechtliche Fragen, Gesundheitsversorgung, Rechte bei Aufklärung, Strafverfolgung und Aufarbeitung sowie das Recht auf Sichtbarkeit einschließen.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Sarah Lahrkamp (SPD)

6. Erstes Vernetzungstreffen mit den Kinderkommissionen und Kinderbeauftragten der Länder

Auf Einladung der Kinderkommission des Deutschen Bundestages hat am Mittwoch, dem 21. September 2022 das erste Vernetzungstreffen der Kinderkommissionen und den Kinderbeauftragten der Länder in Berlin stattgefunden. Alle Kinderkommissionen und Kinderbeauftragten, die auf Bundes- und Länderebene eingerichtet sind, waren bei diesem ersten Treffen – teils auch virtuell – vertreten. Zu Beginn der Veranstaltung richtete die Präsidentin des Deutschen Bundestages, Bärbel Bas, ein Grußwort an die Teilnehmenden. Dabei unterstrich sie einmal mehr, dass die Rechte und Interessen des Kindes zu schützen und zu stärken sind und dies eine politische Querschnittsaufgabe über die Grenzen von Föderalismus und Gewaltenteilung hinweg ist.

Aus aktuellem Anlass drehte sich der Austausch an diesem ersten Termin um das Thema „Kinder und Jugendliche in Krisen“. Die Teilnehmenden tauschten sich in einer Gesprächsrunde über die Herausforderungen aus, mit denen Kinder und Jugendliche beispielsweise durch die Wirtschafts- und Klimakrise sowie den Krieg in der Ukraine konfrontiert sind, und teilten die Erfahrungen, die sie in ihren Ämtern mit dieser Situation gemacht haben und täglich machen.

Die Leiterin der Monitoringstelle für die UN-Kinderrechtskonvention beim Deutschen Institut für Menschenrechte, Claudia Kittel, erläuterte in einem Impulsvortrag die Erklär- und Beobachtungsfunktionen des Monitorings.

Die Bandbreite der Themen, die in der anschließenden Diskussionsrunde zur Sprache kamen, war groß. Von allen Seiten wurde der Wunsch geäußert, Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Thematisiert wurden auch die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre und das Erfordernis der Partizipation von Kindern und Jugendlichen auf allen Ebenen.

Mit Blick darauf, dass die Welt sich aktuell von einer Krise in die nächste bewegt, wurde vielfach betont, dass die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in den Planungen zur Krisenbewältigung nicht wieder, wie in der Coronakrise so oft geschehen, übersehen werden dürften. Ihnen müssten Freiräume erhalten bleiben. So solle unbedingt vermieden werden, ihnen den Freizeitbereich wegzunehmen: Sporthallen, Schwimmbäder und Schulhöfe müssten geöffnet bleiben, die Planung dürfe nicht nur aus der Sicht des typischen Arbeitnehmers erfolgen. Die Empfehlungen von Experten müssten einbezogen werden, und es solle mit Kindern und Jugendlichen vor Ort über ihre Bedürfnisse und Wünsche gesprochen werden. Kinder und Jugendliche kämen in Rettungsschirmen oft nicht vor, das müsse sich ändern.

Betont wurde ebenfalls die Wichtigkeit des Kinderschutzes in Flüchtlingseinrichtungen. Hier seien sowohl Kinder aus der Ukraine als auch aus anderen Ländern betroffen, die neu in Deutschland ankommen. Seien die Jugendämter erst überlastet, könnten die erforderlichen Standards nicht eingehalten werden.

Auch die Frage der psychischen Belastungen, die Kinder in Krisen betreffen, fand sich in der Diskussion wieder. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass die psychologische Versorgung von Kindern und Jugendlichen schon vor der Coronakrise nicht ausreichend gewährleistet gewesen sei und sich diese Situation durch die verschiedenen aktuellen Herausforderungen nur noch verschärft habe.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Sarah Lahrkamp (SPD)

Dieses erste Treffen der Kinderkommissionen und Kinderbeauftragten soll der Anfang einer stärkeren Vernetzung zwischen der Bundes- und Landesebene sein. Solche Veranstaltungen stärken den Austausch zwischen den Teilnehmenden und ihre Vernetzung untereinander. So können sie die Interessen und Belange von Kindern und Jugendlichen auf allen Ebenen noch besser vertreten.

Kinderrechte gehören auch in Zeiten der Krisen auf die politische Agenda und dürfen nicht vergessen werden. Der intensive Austausch zwischen den Kinderkommissionen und Kinderbeauftragten soll dies unterstreichen und ist wichtiger denn je. Alle Teilnehmenden sind sich einig: dieser Tag war ein Erfolg, und weitere Vernetzungstreffen werden folgen.



Sarah Lahrkamp, MdB

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Sarah Lahrkamp (SPD)

7. Anlagen

Anlage 1



Deutscher Bundestag

Pressemitteilung

Kinderkommission zum Internationalen Tag der Familie
am 15. Mai 2022

Berlin, 12. Mai 2022

Herausgeber:
Referat PräsB 1 Presse und Medien

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-37171
Fax: +49 30 227-36192
pressereferat@bundestag.de

Der Internationale Tag der Familie am 15. Mai wird seit 1993 als Aktionstag der Vereinten Nationen in vielen Ländern begangen. Der Tag soll hervorheben, wie wichtig Familien als Grundlage für Staat und Gesellschaft sind und wie Familien von sozialen, ökonomischen und demographischen Entwicklungen betroffen sind. Die Vereinten Nationen haben den Internationalen Tag der Familie im Jahr 2022 unter das Thema „Families and Urbanization“ gestellt und wollen darauf hinweisen, wie wichtig eine nachhaltige und kinderfreundliche Stadtentwicklung für Familien ist.

Die Vorsitzende der Kinderkommission im Deutschen Bundestag, Sarah Lahrkamp, MdB, erklärt anlässlich des Internationalen Tages der Familie:

„Familien in ihren unterschiedlichen Ausprägungen sind der Kern unserer Gesellschaft, weil in ihnen Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen. Deshalb müssen Politik und Gesellschaft Familien in all ihrer Vielfalt unterstützen und Kindern ein gutes Aufwachsen ermöglichen.

Das gilt auch für die Stadtplanung und Baupolitik. Besonders in Ballungsräumen fehlt es oft an bezahlbarem Wohnraum für Familien. Freiräume, Spiel- und Sportplätze für Kinder und Jugendliche sowie Schulen und Kitas müssen im Zuge der Stadtentwicklung mitgedacht werden. Sichere Verkehrswege und ein gut ausgebauter Nahverkehr sind für den Alltag von Familien in großen und kleinen Städten von großer Bedeutung.

Dabei sollten in den Kommunen vor Ort auch die Möglichkeiten genutzt werden, Kinder und Jugendliche mit in die Stadtplanung einzubeziehen und damit ihren Blick und ihre Vorstellungen konkret in Projekte einzubinden. Hierzu gibt es bereits viele gelungene Beispiele.

Letztendlich ist eine kinder- und familienfreundliche Stadtentwicklung eine Investition in die Zukunft.“



Pressemitteilung

Kinderkommission zum Weltspieltag am 28. Mai 2022 „Politik und Verwaltung müssen den Kinderrechten bei ihren Entscheidungen Raum geben“

Berlin, 27. Mai 2022

Herausgeber:
Referat PräsB 1 Presse und Medien

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-37171
Fax: +49 30 227-36192
pressereferat@bundestag.de

Auch in diesem Jahr übernimmt die Kinderkommission im Deutschen Bundestag die Schirmherrschaft für die Weltspieltagsaktion des Deutschen Kinderhilfswerks, die unter dem Motto "Wir brauchen Spiel und Bewegung – draußen und gemeinsam" stattfindet.

Damit will das Deutsche Kinderhilfswerk gemeinsam mit seinen Partnern im „Bündnis Recht auf Spiel“ und „Kinderfreundliche Kommunen e.V.“ darauf aufmerksam machen, dass Bewegung und Spiel im Freien eine zentrale Rolle bei einer Persönlichkeitsentwicklung und dem gesunden Aufwachsen von Kindern spielen.

Die Vorsitzende der Kinderkommission, Sarah Lahrkamp, MdB, erklärt hierzu:

„Kindliche Entwicklung und Spielen gehen Hand in Hand. Im Spiel entdecken Kinder ihre Kreativität, lernen eigene Kräfte und Grenzen kennen, machen wichtige Erfahrungen im sozialen Miteinander und stärken ihre kognitiven Kompetenzen. Deshalb haben Kinder ein Recht auf Spiel- und Freizeit. Daran muss immer wieder erinnert werden, gerade weil dieses Kinderrecht im Alltag der Erwachsenenwelt manchmal zu kurz kommt. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, diesem Recht im alltäglichen Leben Geltung zu verschaffen. Gefragt sind hier nicht nur Familien, Kitas, Schulen und Vereine. Auch Politik und Verwaltung müssen den Kinderrechten bei ihren Entscheidungen Raum geben, zum Beispiel wenn es darum geht, Freiflächen, Grünanlagen oder Spiel- und Sportplätze zu planen und zu bauen.“

Der 28. Mai gilt seit mehr als 10 Jahren als „Weltspieltag“. Anlässlich des Weltspieltags rufen das Deutsche Kinderhilfswerk und seine Partner regelmäßig zu Aktionen auf, um in Erinnerung zu rufen, dass freies Spielen ein Grundbedürfnis aller Kinder ist. Auch die UN-Kinderrechtskonvention sagt Kindern ein Recht auf Ruhe und Freizeit sowie auf Spiel und altersgemäße aktive Erholung zu.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Sarah Lahrkamp (SPD)

Anlage 3



Deutscher Bundestag

Pressemitteilung

Kinderkommission zum Internationalen Kindertag am 1. Juni 2022

Berlin, 31. Mai 2022

Herausgeber:
Referat PräsB 1 Presse und Medien

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-37171
Fax: +49 30 227-36192
pressereferat@bundestag.de

Die Vorsitzende der Kinderkommission im Deutschen Bundestag, Sarah Lahrkamp, MdB, erklärt anlässlich des Internationalen Kindertags:

„Der Internationale Kindertag ist ein Tag der Freude und Anlass zum Feiern für die Kinder in unserem Land. Gleichzeitig bietet dieser Tag aber auch die Gelegenheit, daran zu erinnern, dass Kinder eigene Rechte haben und das diese in der Politik immer mitgedacht werden müssen. Gerade das Kindesswohl ist bei staatlichen Entscheidungen vorrangig zu berücksichtigen. Deshalb müssen wir die Rechte und Bedürfnisse von Kindern nicht nur an bestimmten Tagen im Jahr in den Mittelpunkt stellen, sondern in unseren Alltag. Auch bei Entscheidungen von Politik und Verwaltungen müssen diese eine wichtige Rolle spielen. Deshalb freut sich die Kinderkommission, dass Initiativen und Aktionen rund um den 1. Juni nicht nur Spaß und Unterhaltung bieten, sondern das auch über die Kinderrechte informiert wird.“

Deutschland ist weltweit wahrscheinlich das einzige Land das zwei Kindertage im Jahr begeht. Der „Internationale Kindertag“ am 1. Juni wurde in der ehemaligen DDR gefeiert, während seit 1954 in der Bundesrepublik der 20. September als von der UN ins Leben gerufene „Weltkindertag“ begangen wird. Seit der Wiedervereinigung werden in Deutschland deshalb zweimal im Jahr die Anliegen der Kinder besonders in den Blick genommen. Beide Tage sollen die Rechte und Bedürfnisse von Kindern ins öffentliche Bewusstsein und Handeln rücken.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Sarah Lahrkamp (SPD)

Anlage 4



Deutscher Bundestag

Pressemitteilung

Maskottchen der Kinderkommission sucht einen Namen – Vorschläge gesucht

Berlin, 11. Juli 2022

Herausgeber:
Referat PräsB 1 Presse und Medien

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-37171
Fax: +49 30 227-36192
pressereferat@bundestag.de

Die Kinderkommission im Deutschen Bundestag wird seit vielen Jahren von einem Maskottchen begleitet – einem weiß-braunen Stofftier-Adler. Er arbeitet bereits länger für die Kinderkommission als alle ihre Mitglieder und war schon dabei, als der Bundestag noch in Bonn seinen Sitz hatte. Niemand weiß mehr genau, wie er zur Kinderkommission gekommen ist. Auch einen Namen hat er nicht.

Letzteres soll sich nun mit Hilfe der Kinder ändern. Deshalb ruft die Kinderkommission Kinder auf, ihrer Kreativität freien Lauf zu lassen und sich mit Vorschlägen zu beteiligen, wie der Stofftier-Adler künftig heißen soll.

Die Vorschläge mit einer kurzen Begründung, warum genau dieser Name passend wäre, können bis 30. September 2022 per E-Mail an kinderkommission@bundestag.de oder mit der Post an Deutscher Bundestag, Kinderkommission, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, geschickt werden.

Unter den Einsendungen werden kleine Geschenke verlost.

Die Kinderkommission im Deutschen Bundestag gibt es seit 1988. Seither wird sie in jeder Wahlperiode vom Familienausschuss als Unterausschuss zur Wahrnehmung der Belange der Kinder eingesetzt. In der Kinderkommission arbeiten die Kinderbeauftragten der Bundestagsfraktionen zusammen und befassen sich mit grundsätzlichen und aktuellen Fragen, die für Kinder und Jugendliche von Bedeutung sind.



Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Sarah Lahrkamp (SPD)

Anlage 5



Deutscher Bundestag

Pressemitteilung

Gemeinsam für Kinderrechte – Kinderkommission zum Weltkindertag
am 20. September 2022

Berlin, 19. September 2022

Herausgeber:
Referat PräSB 1 Presse und Medien

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-37171
Fax: +49 30 227-36192
pressereferat@bundestag.de

Am 20. September wird in Deutschland der Weltkindertag gefeiert. Jedes Jahr wird an diesem Tag dazu aufgerufen, die Rechte und Interessen aller Kinder ins Zentrum von Politik und Gesellschaft zu stellen.

In diesem Jahr steht der Tag unter dem Motto „Gemeinsam für Kinderrechte“. Damit soll darauf aufmerksam gemacht werden, dass Kinder und Jugendliche das Recht haben, über ihre eigene Zukunft mitzuentscheiden.

Die Vorsitzende der Kinderkommission, Sarah Lahrkamp, MdB, erklärt hierzu:

„Von allen Krisen, mit denen sich unsere Gesellschaft konfrontiert sieht, sind gerade unsere Kinder stark betroffen. Corona, Ukraine-Krieg und Klimawandel sind dabei nur die aktuellsten Beispiele. In solchen Zeiten muss das in der UN-Kinderrechtskonvention verbriefte Recht von Kindern auf Beteiligung in Angelegenheiten, die sie betreffen, gewährleistet werden. Kinder und Jugendliche müssen gehört und ernst genommen werden. Auf kommunaler Ebene funktioniert dies schon ganz gut, allerdings gibt es darüber hinaus noch großes Verbesserungspotential. Gemeinsam mit Bund, Ländern, Kommunen und der gesamten Gesellschaft muss es uns gelingen, die Rechte, Interessen und die Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen noch konsequenter in politischen und alltäglichen Entscheidungen mit einzubeziehen. Nur gemeinsam mit ihnen, nicht ohne sie, ist eine zukunftsorientierte Politik möglich, es gibt noch viel zu tun.“

In Deutschland wird nicht nur am 20. September, sondern auch am 1. Juni ein Kindertag begangen. In der Bundesrepublik wird seit 1954 der von der UN ins Leben gerufene „Weltkindertag“ gefeiert, während schon in der ehemaligen DDR am 1. Juni der „Internationale Kindertag“ begangen wurde. So werden seit der Wiedervereinigung an zwei Tagen die Rechte, Bedürfnisse und Anliegen der Kinder besonders in den Blick genommen.

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Sarah Lahrkamp (SPD)

Anlage 6



Deutscher Bundestag

Pressemitteilung

Vernetzungstreffen der Kinderkommission des Deutschen Bundestages mit den Kinderkommissionen und Kinderbeauftragten der Länder

Berlin, 19. September 2022

Herausgeber:
Referat PräsB 1 Presse und Medien

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-37171
Fax: +49 30 227-36192
pressereferat@bundestag.de

Auf Einladung der Kinderkommission im Deutschen Bundestag findet am 21. September 2022 das erste Vernetzungstreffen mit den Kinderkommissionen und Kinderbeauftragten der Länder statt. Dies soll gleichzeitig den Auftakt zu weiteren - möglichst jährlich stattfindenden - Vernetzungstreffen mit den Interessenvertretungen für Kinder und Jugendliche auf Bundes- und Länderebene darstellen.

Die Kinderkommission im Deutschen Bundestag möchte durch die Veranstaltung den Austausch zwischen den Teilnehmenden stärken und ihre Vernetzung untereinander fördern, um die Interessen und Belange von Kindern und Jugendlichen auf allen Ebenen noch besser vertreten zu können. Aus aktuellem Anlass wird sich der Austausch an diesem ersten Termin um das Thema „Kinder und Jugendliche in Krisen“ drehen.

Das Vernetzungstreffen findet nichtöffentlich statt.

Zu Beginn der Veranstaltung wird die Präsidentin des Deutschen Bundestages, Bärbel Bas, MdB, ein Grußwort an die Teilnehmenden richten.

Die Vorsitzende der Kinderkommission, Sarah Lahrkamp, MdB, erklärt hierzu:

„Dieses erste Treffen der Kinderkommissionen und Kinderbeauftragten soll der Anfang einer stärkeren Vernetzung zwischen der Bundes- und Landesebene sein. Gerade in der heutigen Zeit, in der wir überall mit vielfältigen Krisen konfrontiert sind, muss ein besonderer Schwerpunkt auf den Interessen und Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen liegen. Gerade die Kinderrechte gehören auch in Zeiten der Krisen auf die politische Agenda und dürfen nicht vergessen werden. Der intensive Austausch zwischen den Kinderkommissionen und Kinderbeauftragten soll dies unterstreichen und ist wichtiger denn je.“

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Sarah Lahrkamp (SPD)

Anlage 7



Deutscher Bundestag

Pressemitteilung

Das Maskottchen der Kinderkommission des Deutschen Bundestages heißt Kiko!

Berlin, 20. Oktober 2022

Herausgeber:
Referat PräsB 1 Presse und Medien

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-37171
Fax: +49 30 227-36192
pressereferat@bundestag.de

Seit dem Sommer war die Kinderkommission des Deutschen Bundestages auf der Suche nach einem Namen für ihr Maskottchen. Der weiß-braune Stofftier-Adler begleitet die Kinderkommission schon seit vielen Jahren, einen Namen hatte er bisher aber nicht. Nun ist es entschieden: Unser Adler heißt **Kiko!**



Kiko
Maskottchen der
Kinderkommission

Tatkräftige Unterstützung bei der Namensfindung leisteten viele Kinder aus ganz Deutschland, die bis zum 30. September 2022 insgesamt 192 unterschiedliche tolle Namensvorschläge, oft mit kreativen Begründungen, an die Kinderkommission schickten.

Vielen Dank, liebe Kinder!

Viele von diesen Vorschlägen sind in die engere Auswahl gekommen. In ihrer Sitzung am 19. Oktober 2022 haben sich die Mitglieder der Kinderkommission zu den Vorschlägen beraten und sich schließlich einstimmig für Kiko entschieden.

Dieser Vorschlag versammelte die meisten Einsendungen auf sich und stand damit auch bei den Mitgliedern der Kinderkommission hoch im Kurs. Besonders schön war, dass es für diesen Namen viele verschiedene Begründungen gab: er ist die Abkürzung für „Kinderkommission“, er kann zum Beispiel aber auch für „glückliches Kind“ stehen. Eine überzeugende Kombination!

Unter den Einsendern des Gewinnernamens wurde ein Hauptpreis und unter allen Einsendern sechs kleinere Preise ausgelost. Alle Teilnehmenden werden über die Entscheidung der Kinderkommission benachrichtigt.



Pressemitteilung

„Gemeinsam einzigartig“ Kinderkommission zum bundesweiten Vorlesetag am 18. November 2022

Berlin, 17. November 2022

Herausgeber:
Referat PräsB 1 Presse und Medien

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-37171
Fax: +49 30 227-36192
pressereferat@bundestag.de

Am 18. November 2022 findet bereits zum 19. Mal der Bundesweite Vorlesetag statt. Der Aktionstag will ein öffentliches Zeichen für die Bedeutung des Vorlesens setzen. Aus diesem Anlass finden jährlich zahlreiche Veranstaltungen in Schulen, Kindergärten, Bibliotheken, Museen und Buchhandlungen und an anderen Orten statt, bei denen vorgelesen wird.

In diesem Jahr steht der Vorlesetag unter dem Motto „Gemeinsam einzigartig“. Das zeigt, dass unsere Gesellschaft vielfältig ist. Als alltägliche Bereicherung und verbindendes Element lässt das Vorlesen großen Freiraum für mehrsprachige Geschichten, Erzählungen über ungewöhnliche Charaktere, außergewöhnliche Vorlesesituationen und Vieles mehr.

Der Vorlesetag möchte ein öffentlichkeitswirksames Zeichen für das Lesen setzen und die Lust am Lesen entfachen. Er soll dazu beitragen, Lesekompetenz zu erwerben und Bildungschancen auszubauen.

Die Vorsitzende der Kinderkommission des Deutschen Bundestags, Sarah Lahrkamp, MdB, erklärt:

„Geschichten, die ein Kind vorgelesen bekommt, und die Erinnerungen, die es mit dem Vorlesen verbindet, begleiten es ein Leben lang. Diese Verbindung und Nähe zu erleben, machen das Vorlesen so schön. Leider haben nicht alle Kinder das Glück, auf diese Weise in Geschichten einzutauchen und so ganz nebenbei unendlich viel zu lernen. Der Vorlesetag soll einen Beitrag dazu leisten, das zu ändern.

Das diesjährige Motto unterstreicht außerdem, wie wichtig ein respektvolles Zusammenleben und die gegenseitige Wertschätzung sind. Sie sind unerlässliche Bestandteile für eine demokratische Gesellschaft. Besonders in der heutigen Zeit sind sie wichtiger denn je.“

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Tätigkeitsbericht der Abgeordneten Sarah Lahrkamp (SPD)

Anlage 9



Deutscher Bundestag

Pressemitteilung

Kinderkommission zum Internationalen Tag der Kinderrechte am 20. November

Berlin, 17. November 2022

Herausgeber:
Referat PräSB 1 Presse und Medien

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-37171
Fax: +49 30 227-36192
pressereferat@bundestag.de

Am 20. November 1989 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen die UN-Konvention über die Rechte des Kindes. 196 Staaten haben in der Zwischenzeit diese Konvention, die allen Kindern auf der Welt in 54 Artikeln völkerrechtlich die gleichen verbindlichen Mindeststandards verbrieft, ratifiziert.

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages als Interessenvertretung der Kinder und Jugendlichen im Parlament setzt sich mit ihrem Arbeitsprogramm aktiv für die Einhaltung und Stärkung der Rechte der Kinder ein.

Auch in diesem Jahr ist der 20. November wieder ein wichtiger Aktionstag. Denn durch Krieg, Klimawandel und die Folgen der Covid-19-Pandemie ist die Lage vieler Kinder auf der Welt dramatisch. Für die Kinderkommission ist es deshalb noch einmal besonders wichtig, den mit dem Übereinkommen verbundenen Auftrag ins Zentrum von Politik und Gesellschaft zu stellen und Verbesserungen bei der Umsetzung der Kinderrechte einzufordern.

Die Vorsitzende der Kinderkommission des Deutschen Bundestags, Sarah Lahrkamp, MdB, erklärt hierzu:

„Kinderrechte gehören ganz besonders in Zeiten der Krisen auf die politische Agenda und dürfen nicht vergessen werden. Dabei ist es wichtig, dass Kinder und Jugendliche ernst genommen und gehört werden. Ihr Recht auf Beteiligung in Angelegenheiten, die sie betreffen, ist in der Kinderrechtskonvention verbrieft. Nur gemeinsam können wir es schaffen, eine friedvolle, gerechte und nachhaltige Zukunft für sie zu gestalten. Dafür soll der Tag der Kinderrechte ein Zeichen setzen.“